

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 218 · 19. JAHRGANG · AUSGABE 3/2013 VOM 5. MÄRZ 2013 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

5 | **Keine Lobby
für Tagesmütter**
Für Spielzeug ist kaum Geld da

9 | **Personalversammlung
in der Kreisverwaltung**
Der verschnupfte Landrat

13 | **CO₂-Ziele nicht
zu Lasten der Bürger**
Energie- und Klimakonzept

Die Sache mit der linguistischen Variablen

Da gibt es nun schon seit einigen Jahren das Problem mit dem Flughafen BER. Politisch gewollt und gescheitert. Interessant ist jedoch, wie die politischen Parteien mit diesem Scheitern umgehen.

Schauen wir uns einmal den Sachverhalt im Bundesland B an. Dort regiert während des Flughafenbaus SPD in Koalition mit der Partei x. Die Partei y bildet die sogenannte Opposition. Bei den jüngsten Wahlen verliert die Partei x so viele Stimmen, daß sie nun die Opposition bildet und SPD mit Partei y regiert.

Nun wird das Debakel um den BER öffentlich und die Suche nach dem politisch Schuldigen beginnt. SPD tauscht den Aufsichtsrat aus, ohne ihn zu verändern. Partei x, die den BER auch versaut hat, aber nun Opposition ist, will nun den SPD-Häuptling entfernen, wissend, daß sie keine Chance hat bei den bestehenden Mehrheitsverhältnissen. Die Partei y, natürlich aktuell mitschuldig am BER Debakel, will ihr Gesäß retten und krabbelt in selbiges von SPD.

Versuchen wir nun x und y nach ihrem Verhalten zu bestimmen. SPD soll nicht weiter betrachtet werden, weil, wenn ir-

gend etwas mißlingt, SPD immer daran beteiligt ist. Im Vokabular von SPD bedeutet das ein negativer Erfolg (siehe Wasserpolitik, Lausitzring, Cargolifter, Chipfabrik oder S-Bahn Krise).

Setzen wir nun für x Die Linke ein und für y CDU, dann ist das gesuchte Bundesland B Berlin. Machen wir es umgekehrt, für x CDU und für y Die Linke, dann erhalten wir als gesuchtes Bundesland Brandenburg. Wir haben hier ein symmetrisches Problem, wie es ein Physiker formulieren würde. Oder besser gesagt, wir haben ein demokratisches symmetrisches Problem, in dem wir die Parteien austauschen können, ohne das sich etwas ändert oder gar verbessert.

Noch interessanter und überraschender ist die Tatsache, daß es hierbei die beiden Parteien CDU und Die Linke sind, die nicht zu unterscheiden sind.

Dr. ULRICH POFAHL

Leider nicht mehr verwunderlich!



Das Verhalten der Kreisverwaltung Barnim unter der Verantwortung von Landrat Ihrke und der SPD/CDU-Koalition im Falle »Webers Ablage« (vgl. MOZ, 2./3.2.2013: »Prozeß löst Verwunderung aus«) löst bei mir keine Verwunderung mehr aus.

Es ist leider kein Einzelfall sondern erneuter Ausdruck einer Haltung und Arbeitsweise, die sich wie ein roter Faden durch die Tätigkeit der Verantwortlichen im Landratsamt zieht.

Das ist nach wie vor die Hinterzimmerpolitik, wo hinter den Kulissen etwas ganz anderes betrieben wird, als zur Beruhigung der Öffentlichkeit und der Betroffenen gesagt oder in Aussicht gestellt wird. Auch in diesem Falle wurde versucht, scheinbar den berechtigten Forderungen der dort Beschäftigten zu entsprechen, während gleichzeitig durch die Verantwortlichen in den Hinterzimmern ganz andere Entscheidungen getroffen wurden.

Landrat Ihrke und die Verantwortlichen im rot-schwarzen Landratsamt geben sich in der Öffentlichkeit gern als Verfechter der sozialen Gerechtigkeit aus. Leider zeigen deren Handlungen – wie auch in diesem Falle – oft gerade das Gegenteil. Dabei werden entgegen allen schönen Worten nicht nur die Rechte der betroffenen Arbeitnehmer mißachtet, sondern es zeigt sich dabei auch eine geradezu unverantwortliche Arroganz im Umgang.

Mit Recht leisten die Gewerkschaften gegen solche Verhaltensweisen Widerstand. Wirkliche Verwunderung empfinde ich bei diesen Vorkommnissen, mit welcher Geduld die Abgeordneten des Kreistages einer solchen Arbeitsweise des Landrates und der Kreisverwaltung gegenüberstehen. Eine konsequentere und kritischere Oppositionspolitik wäre im Interesse der Sache und der betroffenen Bürgerinnen und Bürger dringend erforderlich. (Seite 6)

Dr. HELMUT KOCH

Geschichte und Zukunft

Es war einmal ein Land, in dem sollten Milch und Honig fließen. Jeder durfte werden, was er wollte. Wenn er denn drei Jahre zur Armee ging. Und man konnte die schönsten Urlaube machen. Nur nicht in Thailand und Spanien. Und man konnte alles sagen, was einen bewegte. Nur nicht in der Öffentlichkeit.

Heute ist dieses Land fast vergessen. Unsere Kinder wissen fast nichts darüber. Und unsere alten Geschichten wollen sie nicht mehr hören. Der offizielle Sprachgebrauch heißt: »Diktatur«. Ein schlechtes Land, ein böses Land, in dem graue Einheitsgestalten durch graue verfallene Häuserschluchten zogen bzw. in ihren stinkenden Pappautos umherfahren. Und die Kommunen ließen die Altbauten verfallen und errichteten riesige Trabantenstädte aus Beton. Gruselgeschichten für unsere westdeutschen Brüder und Schwestern.

Es ist richtig: Man durfte nicht alles sagen, was man gerne wollte. Es gab auch einen offiziellen Sprachgebrauch. Der nannte sich Ideologie. Und der Hüter der Gesellschaft war die Partei. Es gab zwar mehrere davon, aber die eine Partei hatte immer recht. Eine große Runde grauer Herren aus Politik, Wirtschaft und Militär. Sie hatten die Macht und nannten es Herrschaft der Arbeiterklasse.

Und heutzutage? Wer hat heute die Macht? Die Kanzlerin und ihr Klüngelclub? Der Bundestag? Das Volk? Ohne Zweifel sind Wahlen heutzutage interessanter. Man kann hier oder da ein Kreuzchen machen. Die Regierungen spielen »Bäumchen wechsele dich« und der Gegner sitzt immer auf der gegenüberliegenden Parlamentsbank. Der Sprachgebrauch für den politischen Gegner ist um keinen Deut harmloser als die Wortgefechte des Kalten Krieges da-

mals zwischen Ost und West. Da wird gehetzt, getäuscht, getrickt und geheuchelt mit dem Willen zur totalen Vernichtung.

Die DDR wurde total vernichtet: Die Wirtschaft, die Arbeitsplätze, die Lebenslinien, die Lebensleistung der Menschen und die Hoffnung auf eine echte Revolution. Stattdessen ein bürokratischer »Anschluß«. Bürokratie statt Demokratie. Eine Währungsreform mit fatalen Folgen. Und keine Aussöhnung unter Brüdern, sondern kleinliches Aktengeschniffel in längst vergilbten Papieren.

Interessiert's heute noch jemanden? Die Jugend wohl kaum. Der eigene Facebook-Auftritt ist viel wichtiger. Was sagen die Freunde zum neuen Posting? Bekomme ich ein paar »Gefällt mir's«? Schenken mir die Eltern das neueste Smartphone? Und später: Zensuren, Abitur, Studium und Karriere. Für die Karriere braucht man auch einen Verhaltenskodex. Man darf auch nicht alles sagen. Sonst ist man schnell draußen, mit einem »vielsagenden« Zeugnis in der Tasche. Beim Job ist keine Demokratie gefragt.

Und Kinder? Wo liest man eine Stellenanzeige, in der es heißt: »Junge Mütter bevorzugt«? Gibt der Chef ausreichend Freizeit und der Staat ausreichend Geld für die Familien? Müssen die Frauen erst Karriere machen, um dann mit Mitte 30 ihr erstes Kind zu bekommen? Unsere Gesellschaft, unsere Ökonomie, verwandelt Deutschland in ein aussterbendes Land, in dem das Geschacher um einen Cent mehr wert ist als ein gutes Leben in Geselligkeit und Genügsamkeit.

Ich finde, man muß nicht jedes Menü essen, das serviert wird. Kochen wir doch selber!

JÜRGEN GRAMZOW

Politische Bremser

Die Linkspartei hat sich zentral das Ziel gestellt, eine Rekommunalisierung der Energiewirtschaft anzustreben. Das geschieht zu Recht, weil die Energiekonzerne – und das trifft auch für Eberswalde zu – ihren Profit in den Mittelpunkt stellen und dafür die Bürgerinnen und Bürger kräftig zur Kasse bitten. An vielen Orten in der BRD und vorwiegend auch in den neuen Bundesländern wurden von diesen Parteien gegen den Widerstand von CDU und FDP sowie der Stromkonzerne erste Maßnahmen eingeleitet.

Mit der Bildung eines Ausschusses für Energiewirtschaft in Eberswalde bestand die Hoffnung, daß auch hier ein Prozeß zur Rekommunalisierung geprüft und eingeleitet wird. Leider scheint es in Eberswalde Bürgermeister und Stadtverwaltung, der FDP und den Stromkonzernen gelungen zu sein, die Tätigkeit dieses Ausschusses nicht nur zu behindern, sondern auf ein unbefristetes Abstellgleis zu schieben und von der Tagesordnung abzusetzen.

Völlig zu Recht hat der Abgeordnete Dr. Hans Mai aus Protest den Ausschuß verlassen. Offensichtlich steckt der Ausschuß vor einem Neuanfang oder sogar seiner Auflösung.

Für die Bürger und Wähler dieser Stadt ergibt sich die berechtigte Frage nach der Rolle der örtlichen Parteiorganisationen der Linkspartei und ihren Abgeordneten in der Stadtverordnetenversammlung und den Aufsichtsräten der betroffenen Kommunalbetriebe.

Was haben sie im Sinne der Beschlüsse ihrer Partei bisher getan – oder auch unterlassen – und welchen Standpunkt haben sie zu dieser wichtigen kommunalpolitischen Frage? Das zu erfahren, daran ist ganz sicher auch die Öffentlichkeit interessiert.

GISELA KOCH

Sanierungsbeirat Eberswalde:

Schornstein und Sudhaus der Brauerei erhalten

In einem Beitrag der Märkischen Oderzeitung (8. Januar 2013) wird von dem Bauherren Wilhelm Schomaker auf die gefährdete Statik der historischen Bauwerke verwiesen. Damit soll offensichtlich der geplante Abriß der einzigen noch verbleibenden baulichen Zeugnisse dieses Geländes begründet werden.

Der Sanierungsbeirat hat sich auf einem Rundgang im November 2012 einen Eindruck vom Stand der Arbeiten auf dem Gelände gemacht. Ein Großteil der Gebäude des Brauereigeländes ist inzwischen abgerissen worden, große Ziegelhalden zeugen von dem ehemaligen Bauvolumen auf diesem Gelände. Der Schornstein und das noch erhaltene Sudhaus mit dem Gewölbekeller sollten nicht nur aus ökologischen (Winterquartier von Fledermäusen) und denkmalpflegerischen, sondern vor allem auch aus stadtgeschichtlichen Gründen unbedingt erhalten bleiben. Sie stellen die letzten Zeugnisse dieses Standortes als Brauereigelände dar.

Würden auch diese letzten geschichtlichen Zeugnisse beseitigt, entstünde inmitten des gründerzeitlichen Eisenbahnviertels ein Ein-



kaufszentrum, das keinerlei – weder historische noch städtebauliche – Bezüge zu diesem Quartier aufwiese. Dies kann inmitten eines ausgewiesenen Sanierungsgebietes nicht akzeptiert werden.

Die Integration der historischen Bausubstanz in die Neugestaltung dieses Geländes war

die Bedingung, an diesem sensiblen Ort inmitten der westlichen Stadterweiterung ein neues Einkaufszentrum städtebaulich zu entwickeln. Würde diese Kompromißformel, einer Verbindung von Alt und Neu, nunmehr nicht mehr gewährleistet, so bestünde die große Gefahr, daß hier mitten in der Stadt ein gesichtsloser Gewerbebau mit großer Parkplatzfläche entstünde.

Neben dem Erhalt der historischen Gebäude sollte bei der Umgestaltung zu einem Einzelhandelszentrum unbedingt auf eine städtebaulich angemessene Gestaltung des Parkplatzes Wert gelegt werden. Dies bedeutet vor allem eine ausreichende Pflanzung von Bäumen zur Gliederung und Einbindung des Areals.

Prof. Dr. JÜRGEN PETERS,
Vorsitzender des Sanierungsbeirates

Internationaler Frauentag am 8. März:

Kopf hoch, zeigt ihnen die Faust!

Solange wie es die Ausbeutung der Menschen durch die Menschen gibt, wird der Internationale Frauentag immer ein Kampftag sein!

Als ich 1954 mit meinen beiden Kindern aus Westdeutschland in die DDR übersiedelte, habe ich die Frauentage und meine Kinder den Internationalen Kindertag erstmals als Feiertage empfunden. In einem sozialistischen System, wo der Mensch, Mensch sein darf und die Frauen in allen Lebenslagen gleichberechtigt neben dem Mann waren.

Berufswunsch und Kinderwunsch war kein Widerspruch, denn unsere Kleinsten und Größten wurden von der Kinderkrippe, Schule, Lehrwerkstatt bis Fachschule oder Universität betreut.

Wenn heute viele Frauen arbeitslos sind und in der Ausbeutergesellschaft auf Kinderwün-

sche verzichten müssen, keinen Ausweg sehen, sagen viele resigniert, daß es alles sehr schlimm ist, aber man ja nichts dagegen machen kann.

Nur wenn die Menschen gemeinsam gegen die Ausbeutung erfolgreich kämpfen, werden die Frauen ihre Gleichberechtigung erlangen!

*Reformen, Reformen und täglich mehr
Und immer wird's schlechter als vorher
Hätte es niemals Menschen gegeben
Die gegen das Unrecht angegangen wären
Dann müßtet ihr heute noch*

Das sollt ihr wissen

Dem Hochadel die Füße küssen!!!

Seid nicht so wie der Vogel Strauß

Kopf hoch, zeigt ihnen die Faust!

Das ist – nicht nur zum Frauentag – die Empfehlung der roten Oma!

ELISABETH MONSIEUR

Kabarett zum Frauentag:

Eine Orientwalküre packt aus

Der Internationale Frauentag blickt auf eine lange Tradition zurück. Er entstand im Kampf um Gleichberechtigung und Wahlrecht für Frauen. Initiiert durch Clara Zetkin (1857-1933) fand der erste Internationale Frauentag am 19. März 1911 statt. Millionen von Frauen in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA beteiligten sich. Die Wahl dieses Datums sollte den revolutionären Charakter des Frauentags unterstreichen. Der 18. März war der Gedenktag für die Gefallenen in Berlin während der Revolution 1848. In den folgenden Jahren wurde der Internationale Frauentag jährlich zwischen Februar und April begangen. Die Festlegung auf den 8. März erfolgte 1921 durch den Beschluß der 2. Kommunistischen Frauenkonferenz. Damit sollte den Textilarbeiterinnen-Streik in Petersburg vom 8. März 1917 (nach altem Kalender: 23. Februar) erinnert werden, der auf andere Sektoren übergriff und eine große Arbeiterinnendemonstration auslöste und in die Februar-Revolution mündete.

Einen starken Rückschritt brachte in Deutschland die NS-Ideologie von der Rolle der Frau als Ehefrau und Mutter. 1933 wurde der Frauentag von den Nationalsozialisten verboten und durch den Muttertag ersetzt.

Nach dem 2. Weltkrieg fanden in der sowjetischen Besatzungszone bereits 1946 wieder Feiern zum Frauentag statt. In den sozialistischen Ländern wurde die gesellschaftliche Befreiung der Frau gefeiert und der Tag mit offiziellen Feiern für die Frauen organisiert.

Und heute?

Das Barnimer Netzwerk gegen Gewalt an Frauen hat für den 8. März 2013 eine Kabarettveranstaltung organisiert, die im Saal des Paul-Wunderlich-Hauses um 20 Uhr stattfindet.



Serpil Pak, Stand up Comedy »Eine Orientwalküre packt aus«

Serpil Pak, die Paßdeutsche mit türkisch migrantischem Hintergrund, beherrscht die Raffinesse der deutschen Sprache besser als manche Deutsche von Geburt. Dabei spart sie die tiefen Schichten des Gefühlslebens nicht aus. Beim tiefgründig-grotesken Analysieren der menschlichen Seele kommt ihr das abgeschlossene Psychologiestudium zugute. Und da sie in zwei Kulturen aufgewachsen ist, wirken die Vergleiche wie aus dem Handgelenk geschüttelt. Ihre Geschichten sind aus dem Leben gegriffen, scharf analysiert und pointenreich erzählt. Dabei nimmt sie ihre Landleute ebenso aufs Korn, wie die anderen Nationalitäten. Schleierhaftes wird wortreich entblößt.

DREIST e.V.

DGB-Frauentagsfeier:

»Zeichen setzen«

Eberswalde (bbp). Den Internationalen Frauentag 2013 hat der DGB das Motto »Heute für morgen Zeichen setzen« gestellt. Am Nachmittag des 10. März hat der ehrenamtliche Kreisvorsitzende Ralf Kaiser die Frauen des Kreisverbandes in das Restaurant »Wilder Eber« eingeladen. Zu solch einer Frauentagsveranstaltung lädt der DGB-Kreisverband Barnim erstmals ein. Ralf Kaiser hofft darauf, daß sich daraus eine »ansprechende, interessante und unterhaltsame Tradition entwickelt«.

Für Kinder kostenfrei

Die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde soll demnächst über eine Verwaltungsvorlage zur »Eintrittsgelderhebung Familiengarten« befinden. Konkret geht es um eine Erhöhung der Eintrittsgelder von 2 auf 3 Euro für Erwachsene und von 1 auf 1,50 Euro für Kinder ab 3 Jahre sowie für Erwachsene mit der Berechtigung auf eine Ermäßigung. Die zu erwartenden Mehreinnahmen in Höhe von 35.000 Euro, so steht es in der Verwaltungsvorlage, sind bereits im Haushalt 2013 berücksichtigt. Der Stadtverordnetenbeschluß über die Preiserhöhungen im Familiengarten ist also nur noch eine Formalie, soll das wohl heißen.

Die Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler ist nicht dieser Auffassung. Seit 2008 schwanken die Besucherzahlen zwischen 55.000 und 60.000. Der angebliche positive Trend wird durch die vorgelegte Statistik leider nicht belegt. Trotz erheblicher Investitionen in neue Betätigungs- und Spielmöglichkeiten. Zugleich ist von kontinuierlich gestiegenen Betriebskosten die Rede, welche die Preiserhöhung rechtfertigen sollen.

Der Familiengarten ist Beleg und Ausdruck des Anspruchs für ein familienfreundliches Eberswalde. Und selbstredend verursachen entsprechende Angebote auch Kosten. Wir meinen jedoch, daß die Stadtverordneten die Verwaltungsvorlage genau analysieren und ihre Gestaltungsspielräume wahrnehmen sollten.

Die Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler schlägt daher vor, die Altersgrenze, ab der Kinder und Jugendliche für die Nutzung des Familiengartens Eintrittsgeld zahlen müssen, von 3 auf 12 Jahre anzuheben. Der Familiengarten kann so seinem Namen tatsächlich gerecht werden. Die Stadt Eberswalde privilegiert Familien mit Kindern.

Dabei geht unsere Fraktion nicht von Umsetzeinbußen infolge der Anhebung der Altersgrenze aus. Wir erwarten vielmehr, daß die familienfreundlichen Preise eine stärkere Nutzung durch die eigentliche Zielgruppe des Familiengartens, nämlich Familien mit Kindern, zur Folge haben werden, wodurch die Minder-einnahmen mehr als ausgeglichen werden.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG,
Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler

Ortsvorsteher kooperiert

Menschen sind aufeinander angewiesen und wissen das genau. Deshalb kooperieren sie grundsätzlich, und erfolgreiche besser.

Kooperation ermöglicht Neues und stärkt die Menschen. Zum Kooperieren gehören eigenständig denkende und handelnde Persönlichkeiten. Das macht Kooperieren so schwer und anstrengend.

Natürlich kooperieren der Bürgermeister, die Stadtverordneten und die Angestellten und Beamten der Verwaltung auch mit den ehrenamtlichen Ortsvorstehern und Ortsbeiräten. Manchmal vergessen sie die feine Art und lassen die Obrigkeit raushängen.

Der ehrenamtliche Ortsvorsteher vertritt den Ortsteil und die 6.299 Einwohner des Brandenburgischen Viertels gegenüber den anderen Organen der politischen Selbstverwaltung und nimmt Aufgaben des Ortsbeirates wahr, weil ein solcher nicht gebildet wurde. Das ist eine komplexe, anstrengende, aufwendige und schöne Arbeit. Carsten Zinn ist als Ortsvorsteher gewählt und den Einwohnern des Viertels direkt und unmittelbar verantwortlich. Seine Aufgaben sind örtlich auf das Viertel und dessen Einwohner und inhaltlich auf wesentliche Probleme sowie unmittelbare Belange beschränkt. In Angelegenheiten, die das Viertel betreffen, ist der Ortsvorsteher unbedingt zu hören. Er hat das Recht aktiv an allen öffentlichen und nichtöffentlichen Sitzungen der Stadtverordneten und der Ausschüsse teilzunehmen, soweit Angelegenheiten des Ortsteiles berührt werden.

Damit geht er manchem auf den Wecker. Ohne dem würde auch nicht viel passieren. Für die Bewohner und Belange des Viertels ist Carsten Zinn der unmittelbare und hilfreiche Ansprechpartner. Carsten Zinn ist aktiv, kommt viel herum und kennt sich aus. Man trifft ihn auf Veranstaltungen und die Bewohner wenden sich oft an ihn. Bisher konnte er vieles erreichen.

Und Carsten Zinn kooperiert, sonst wäre er nicht erfolgreich. Leider zieht sich die Verwaltung immer mehr zurück und die Aufgaben der Ortsvorstehers wachsen weiter. Für die Wahrnehmung seiner umfangreichen Aufgaben erhält Carsten Zinn eine geringe Entschädigung, die zum großen Teil auf seine Sozialleistungen angerechnet wird. Trotzdem arbeitet er ausdauernd und hartnäckig und findet so manchen Kompromiß. Er wünscht sich mehr Unterstützung von den Mitarbeitern der Verwaltung und den Stadtverordneten.

Das Gezerre, das von seiner Partei ausgeht, schadet dieser mehr als ihm. Ich kann nur hoffen, daß sich dort der Verstand durchsetzt und sie wieder kooperieren.

Denn soviel Zeit muß einfach sein.

Dr. MANFRED PFAFF, Altenhof

Stellvertreter für Bürgermeister Boginski benannt

Profunder Sachverstand wofür?

Gutachten für den Bürgermeister gegen den Bürgermeister

Der Bürgermeister braucht einen neuen Vize. Das entsprechende Benennungsverfahren fand auf der Stadtverordnetenversammlung am 28. Februar statt. Bürgermeister Friedhelm Boginski schlug seinen Verwaltungsdezernenten Bellay Gatzlaff vor.

Die Mehrheit sah es als gegeben, daß der für die Aufgabe ausgewählte Dezernent »über einen außerordentlich profunden Sachverstand« verfügt, »der über das Aufgabenspektrum seines Dezernats weit hinausreicht«. So wird es in der Beschlußvorlage formuliert.

Wozu diese Lobrede für den Kandidaten? Bei mir werden damit Fragen provoziert. Zum Beispiel die, wofür dieser profunde Sachverstand bisher eingesetzt wurde.

Meine Einschätzung: Der Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff hat seinen Sachverstand in erster Linie dazu eingesetzt, seine eigenen Vorstellungen und die seines Chefs durchzusetzen. Es gelingt ihm immer wieder, für diese Vorstellungen die erforderlichen Mehrheiten zu finden, obwohl im richtig verstandenen Interesse der Eberswalder Bürger andere Entscheidungen nötig waren und sind. Profunder Sachverstand muß auch auf die richtigen Ziele gerichtet sein.

- Ich hätte mir gewünscht, daß
- die Stadtverwaltung transparenter wird, Beratungen und Entscheidungen der Abgeordneten stets öffentlich und nicht hinter verschlossenen Türen erfolgen,
 - der mit dem ersten Bürgerhaushalt gestartete Versuch einer breiten Bürgerbeteiligung fortgesetzt und nicht via Bürgerbudget in die Sackgasse geführt wird,
 - die gesetzlichen Möglichkeiten für mehr Transparenz in kommunalen Unternehmen nicht blockiert, sondern voll genutzt werden,
 - für die TWE endlich ein Sanierungskonzept erarbeitet wird, um das nahende Ende der städtischen Firma zu verhindern,
 - die Chance genutzt worden wäre, mit der Übernahme der Energienetze und Einstieg in die Energieversorgung ein neues Standbein für die TWE zu finden,
 - die Stadtverwaltung endlich Kurs auf die Rekommunalisierung der Energienetze nimmt,
 - der Energieausschuß in seiner engagierten Arbeit für eine neue Energiepolitik der Stadt unterstützt statt gebremst würde,
 - sich die Stadt als Gesellschafter der WHG endlich für den notwendigen Wechsel der städtischen Wärmeversorgung – weg von der Fernwärme hin zur Nahwärme – entscheidet, und damit für mehr Energieeffizienz und niedrige Kosten für die Mieter,
 - sich Bürgermeister und Dezernent klar und deutlich für die Wiedergründung der Stadtwerke aussprechen.

Ich wundere mich doch sehr, daß ein so außerordentlich profunder Fachmann immer wieder teure Gutachten bestellen muß, die am Ende doch immer nur aussagen, was der Auf-



In der namentlichen Abstimmung votierten 22 Stadtverordnete für den vom Bürgermeister vorgeschlagenen Verwaltungsdezernenten Bellay Gatzlaff, bei 6 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen. Für Gatzlaff als allgemeinen Stellvertreter des Bürgermeisters stimmten alle Abgeordneten der Fraktionen FDP/BFB, DIE LINKE und CDU sowie Jürgen Kumm (Freie Wähler), Ingo Naumann (fraktionslos) und die Mehrheit der SPD-Stadtverordneten. Mit »dagegen« stimmte die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Carsten Zinn und Gerd Markmann (DL/AfW), Albrecht Triller (BfdE) und der Fraktionslose Dr. Hans Mai. Die 3 SPD-Abgeordneten Angelika Röder, Eckhard Schubert und Ringo Wrase sowie Günter Schumacher (BfdE) und Dr. Günther Spangenberg (DL/AfW) übten Enthaltung.

traggeber wünscht, aber dafür ordentlich Geld kosten. Meine Frage im Finanzausschuß nach dem Aufwand für Gutachten im Haushalt konnte nicht beantwortet werden, weil sie sich in sehr vielen Positionen befänden. Leider viel zu viele Gutachten.

Kurios, aber vor allem widersinnig ist der aktuelle Fall, über den in der nächsten StVV entschieden werden soll. Auf der Grundlage eines 26.000 Euro teuren Gutachtens soll die Stadt an ihre hundertprozentige Tochter TWE Technische Werke Eberswalde GmbH 614.000 Euro bezahlen. Braucht es solcher Mittel im Zusammenwirken der Stadt mit ihrem eigenen Unternehmen? Ein Gutachten des Bürgermeisters als Gesellschafter der TWE gegen den Bürgermeister als Vertreter der Stadt Eberswalde?

Und das Sahnehäubchen dieser Angelegenheit: Es geht (noch immer) um den Spendenskandal – um 614.000 Euro falsche Spenden, die EWE und EON.edis als Käufer der Stadtwerke-Anteile an die Stadt zahlten und die der Richter im Schulz-Prozeß 2011 als verschleierte Kaufpreisanteile klassifiziert hatte. Brauchte man dazu noch ein Gutachten, daß das Geld tatsächlich den TWE gehört?

Ich wünschte mir, daß der Sachverstand der Stadtverordneten in ihrer Gesamtheit in der Zukunft besser genutzt und von der Verwaltung geschätzt würde.

ALBRECHT TRILLER

Keine Lobby für Tagesmütter

Eberswalde (bbp). Einst als Alternative zur Kindertagesstätte hoch gelobt, sehen sich die Tagesmütter im Landkreis Barnim zunehmend unter materiellem Druck. Zwar gelten seit 1. Januar 2013 leicht erhöhte Betreuungssätze pro betreutem Kind, aber auch dieser Minimalerfolg mußte in mühsamen Verhandlungen erstritten werden. Für eine Erneuerung der Sachausstattung, wie Spielsachen und -geräte, Kinderbetten oder -wagen etc., lassen die Sätze wenig Spielraum. Im Nachbarkeis Uckermark fand sich jetzt eine Lösung. Dort erkämpfte sich der Tagesmütterverband, der die 36 Tagesmütter in der Uckermark vertritt, Zuschüsse in Höhe von insgesamt 60.000 Euro aus dem Bundesprogramm zum Ausbau der Krippenplätze.

Davon können die Barnimer Tagesmütter bislang nur träumen. Es müsse »weiteren eigenen und politischen Druck geben ..., um auch den Tagespflegepersonen des Landkreises Barnim eine Besserstellung bei der Sachausstattung zu ermöglichen«, sagt die Eberswalder Tagesmutter Isolde Discher. Leider gebe es »nicht wirklich eine Lobby aus der politischen Arena. Eher im Gegenteil.« Das Eberswalder Rathaus und die Stadtpolitik

sollte sich des Themas endlich ernsthaft annehmen und den Beispielen von Panketal und Bernau folgen. Dort erhalten Tagesmütter auf Antrag einen einmaligen Zuschuß von 1.000 Euro und jährlich 150 Euro für die Instandhaltung bzw. den Erwerb von Spielsachen. Panketal zahlt zusätzlich 10 Euro pro Kind als Betriebskostenzuschuß.

Der Stadtverordnete Carsten Zinn von der Fraktion Die Linke/Allianz freier Wähler (DL/AfW) sagte zu, das Thema in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport am 6. März anzusprechen und zu beantragen, daß es im April offiziell auf die Tagesordnung des Ausschusses gesetzt wird.

Nachdem jahrelang in Eberswalde Kitas geschlossen wurden, zuletzt im Jahr 2006 die Kita »Spatzennest« im Brandenburgischen Viertel, gibt es seit etwa 2008 in Eberswalde stetig wachsende Wartelisten, insbesondere für Kinder im Krippenalter. Es waren vor allem die Tagesmütter, die mit ihren Angeboten die prekäre Situation ein wenig entspannten. Doch inzwischen ist die vor Jahren angeschafften Sachausstattung zum Teil schon arg verschlissenen. Dringende Hilfe ist also geboten.

Fahrradklimatest des ADFC:

Eberswalde mit viel Luft nach oben

Im aktuellen bundesweiten Fahrradklimatest des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) belegte Eberswalde Platz 132 von 252 beteiligten Städten unter 100.000 Einwohnern. Mit einem Durchschnittswert von 3,79 erreichte die Barnimer Kreisstadt eine »Vier plus« auf dem Halbjahreszeugnis – in einzelnen Fächern versetzungsgefährdet und insgesamt mit viel Luft nach oben.

Karen Oehler, Stadtverordnete von Bündnis 90/Die Grünen erklärt dazu: »Eberswalde ist weit davon entfernt, eine fahrradfreundliche Stadt zu sein. Gute Ergebnisse gab es nur bei den Fragen Erreichbarkeit des Stadtzentrums und zügiges Radfahren. Sehr schlechte Bewertungen erhielten z.B. – ganz aktuell – die Frage nach dem Winterdienst auf Radwegen oder die Radführung an Baustellen. Der Stellenwert des Radverkehrs in der Stadt insgesamt und auch die Radförderung in jüngster Zeit schnitten schlechter als 4 ab.«

Der ehemalige grüne Stadtverordnete Christian Wapler, Mitglied im Landesverband Brandenburg des ADFC, äußerte zu den Ergebnissen: »In Eberswalde war die Beteiligung am Fahrradklima-Test besonders hoch. Das zeigt, daß der Radverkehr für viele Menschen in der Stadt ein wichtiges Thema ist. Eberswalde muß die eigenen Planungen endlich konsequent umsetzen. Die Stadt Potsdam zeigte, was geht, wenn der politische Wille vorhanden ist. Mit der Kampagne 'FahrRad' wurden dort seit dem letzten Test 2005 große Fortschritte erzielt.

Zum Lohn konnte Potsdam nun den ersten Preis in der Kategorie 'Aufholer' abräumen. Die Barnimer Kommunalpolitiker könnten sich einiges abschauen in der Landeshauptstadt. Das Rad muß nicht neu erfunden werden.«

»Verwaltung und Stadtverordnete sollten die Test-Ergebnisse aufmerksam prüfen und Konsequenzen ziehen«, sagt Karen Oehler. »Wir als grüne Fraktion werden uns weiter für Verbesserungen im Radverkehr einsetzen. Fragen, die uns dabei auf den Nägeln brennen sind z.B.: Was wurde aus den vielen Anregungen des Radverkehrsworkshops? Wo sind die Ergebnisse der Arbeitsgruppe Radverkehr der Verwaltung? Wann werden endlich vor langer Zeit gefaßte Beschlüsse, z.B. zur Prüfung und Einführung von Radstreifen, umgesetzt?«

164 Eberswalderinnen und Eberswalder hatten sich an dem 27 Fragen umfassenden Test des ADFC beteiligt. Auf Platz 1 landete wie schon 2005 die Stadt Bocholt mit einem Wert von 2,16. Den letzten Platz belegte die Stadt Zwickau mit einem Wert von 4,59. Die vollständigen Testergebnisse sind zu finden unter: <http://www.adfc.de/9205>.

Fraktion Grüne/B90 in der StVV Eberswalde

**Barnimer Bürgerpost
abonnieren!**

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 33 34 / 25 92 10

Brandenburgisches Vergabegesetz: Nur Makulatur?

Eberswalde (cz/bbp). Gilt das Brandenburger Vergabegesetz auch für das Jobcenter Barnim? Diese Frage wird derzeit diskutiert. Einrichtungen unter kommunaler Hoheit müssen das Vergabegesetz einhalten. Das sieht vor, daß mindestens 8 Euro Stundenlohn gezahlt werden. Das Brandenburger Vergabegesetz bindet nicht Einrichtungen des Bundes wie zum Beispiel die Bundeswehr oder die Arbeitsagentur.

In der Uckermark ist die Lage eindeutig. Als Optionskommune betreibt der Landkreis das Jobcenter in eigener Regie. Im Barnim ist die Situation eine andere. Das Jobcenter Barnim ist eine Gemeinsame Einrichtung der Bundesagentur für Arbeit und des Landkreises Barnim. Das scheint ein Schlupfloch im Brandenburger Vergabegesetz zu sein. Betroffen davon ist beispielsweise der Wachschutz im Jobcenter Barnim. Dessen Geschäftsführer Michael Mader antwortete auf eine entsprechende Anfrage von Carsten Zinn (interessierter Einwohner und ehrenamtlicher ver.di-Gewerkschafter) in den Einwohnerfragestundem des Wirtschafts und des Finanzausschusses, daß bei der Ausschreibung auf die Einhaltung des »geltenden TV Mindestlohn für das Wach- und Sicherheitsgewerbe« geachtet worden sei. Die Ausschreibung sei über die entsprechenden Stellen der Bundesagentur für Arbeit erfolgt. Eine Beachtung des Brandenburgischen Vergabegesetzes kann von daher nicht erwartet werden.

Für das Brandenburger Wach- und Sicherheitsgewerbe gilt ab 1.1.2013 ein Branchenmindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde. Vorher lag das Minimum bei 7 Euro.

Davon betroffen sind auch die Wachleute der Kreisverwaltung Barnim. Nachverhandlungen seitens des Landkreises, um den Mindestlohn von 8 Euro zu erreichen, gab es bislang nicht. Trotz der Tarifierhöhung sollen die Wachleute des Paul-Wunderlich-Hauses teilweise sogar weniger Netto in der Tasche haben als vorher, weil das zuständige Wachunternehmen, die Dussmann-Niederlassung Frankfurt/Oder, mit der Tarifierhebung die Zahl der Arbeitsstunden beträchtlich reduziert habe.

Seitens der Gewerkschaft ver.di wurde nun die Erwartung geäußert, daß die Kreistagsmehrheit aus LINKEN und SPD sich dafür einsetzt, die in Verantwortung des Landkreises abgeschlossenen Verträge schnellstmöglich auf den Standard des Brandenburgischen Vergabegesetzes bringen. Gute Voraussetzungen sehen die Gewerkschafter in dem Umstand, daß der ehrenamtliche Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Barnimer Kreistag Lutz Kupitz (DIE LINKE) im Hauptberuf der persönliche Referent des Brandenburger Ministers für Wirtschaft und Europaangelegenheiten Ralf Christoffers (DIE LINKE) ist. Bekanntlich ist das Brandenburger Vergabegesetz unter Federführung des Brandenburger Wirtschaftsministerium entstanden.

»Nehmen Sie die Interessen der Bürger wahr«

Mit großen Irritationen haben wir die Entwicklungen zum Altenpflegeheim »Webers Ablage« seit dem Übergang in die »Villa Finow« der Unternehmensgruppe Führer verfolgt. Vor einem Jahr hatten wir in einem Schreiben an die Sozial-Ausschußmitglieder auf die Situation für alle Betroffenen dieses Betriebsüberganges durch den vorgesehenen Kreistags-Beschluß hingewiesen.

Trotz unserer Warnungen und Hinweise wurden beispielsweise die (ehemaligen) Beschäftigten in keiner Weise gehört. Trotz unseres damals unterbreitetem Gesprächsangebot, des Personalrats und der Betroffenen wurde davon leider kein Gebrauch gemacht.

Nun müssen wir beobachten, wie beispielsweise von der Vereinbarung einer Übernahme aller Beschäftigten des ehemaligen Altenpflegeheimes Webers Ablage durch die Kreisverwaltung Barnim offensichtlich Abstand genommen wird.

Aussagen hierzu wurden u.a. durch die Vorsitzende des Sozialausschusses Kerstin Mutz (DIE LINKE) getroffen (Offene Worte, Juli 2012). Ebenso durch Silvia Ulonska, Sozialdezernentin der Kreisverwaltung (am 9.5.2012 persönlich vor dem Asylbewerberheim Althütendorf an die demonstrierenden Beschäftigten). Weiterhin durch die Presseabteilung des Landkreises Barnim am 11.05.2012. Auf die anstehenden arbeitsrechtlichen Probleme hat-

ten wir ebenfalls hingewiesen. Es müssen Gerichtsverfahren geführt werden - damit die Rechte der Arbeitnehmerinnen erfolgreich durchgesetzt werden können. Nun kosten auch diese einen nicht unerheblichen Teil von Steuergeldern, weil der Kreis sich nicht mehr an seine gemachten Aussagen hält.

Daß es sich offensichtlich auch um eine unrichtige Aussage handelte, wonach das Altenpflegeheim Webers Ablage »bei laufendem Betrieb« umgebaut werden soll, wurde am 30. Januar in einem gerichtlichen Kammertermin zu dieser Angelegenheit durch die Vertreter des Arbeitgebers dementiert. Die aktuelle Aussage lautet: »Der Betrieb wird sowieso zum Umbau geschlossen!«

Es wurde in diesem Kammertermin ebenfalls davon berichtet, daß der Geschäftsführer der Führergruppe noch während der Verkaufsverhandlungen drohte, das »Geschäft« platzen zu lassen. Es kam abschließend dennoch zum Verkauf des Heims zu einem Preis von 1 Euro.

Wir weisen ebenfalls darauf hin, daß die Beschäftigten des ehemaligen Altenpflegeheims noch immer nicht alle über neue Arbeitsverträge verfügen. Es handelt sich bei den angebotenen Arbeitsplätzen weiterhin keineswegs um die angekündigten adäquaten Arbeitsplätze. Die Beschäftigten müssen nun Einkommensreduzierungen von ca. 600 Euro monatlich hinnehmen.

Eine vorgesehene Qualifizierungsmaßnahme, die an einer Brandenburgischen Fachakademie für alle Betroffenen durchgeführt werden soll, wird nun nicht mehr angeboten.

Wir wenden uns nun erneut mit der Bitte an die Mitglieder des Sozialausschusses: Hinterfragen Sie die gemachten Aussagen, die Ihnen in den verschiedenen Sitzungen und Ausschüssen vorgestellt werden.

Als Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitnehmerinteressen, als Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, haben wir leider wiederholt die Erfahrung machen müssen, daß die Abgeordneten und Ausschußmitglieder viele Informationen gar nicht bzw. sehr unzureichend erhalten.

Die geschilderten Umstände sollten Sie davon überzeugen, daß es auch im Fall des Altenpflegeheimes »Webers Ablage« zu teilweise unwarhären Äußerungen gekommen ist und weiterhin kommt.

Die Beschäftigten, der Personalrat und ich als ver.di-Vertreterin stehen für Gespräche, Rückfragen, Aufklärungen oder weitere Details sehr gerne zur Verfügung.

Wir wiederholen deshalb noch einmal unser Gesprächsangebot und freuen uns, Ihr Interesse an den Belangen der Bürgerinnen und Bürger und Beschäftigten des Landkreises Barnim wahrzunehmen.

PETRA HONIG ver.di-Gewerkschaftssekretärin

Schavan oder Täuschung als Ökonomie der Karriere

Per aspera ad astram, lautet ein gänzlich uncooler Spruch aus vergangenem Lateinunterricht: Man möge durch Dornen (bzw. Staub) nach den Sternen streben. Wer heute an den Hochschulen höhere Weihen erlangen will, vermeidet es möglichst, den ager scientiae, den Acker der Wissenschaft, mit seinem Schweiß zu düngen.

Die Fälle zu Guttenberg, Koch-Merlin und nun jüngst Annette Schavan, die jeweils von der (west-)deutschen Öffentlichkeit heftig diskutiert wurden, zeigen aktuelle (Fehl-)Entwicklungen im bundesdeutschen Hochschulbetrieb und im Bewußtsein der geistigen Elite an (wenn man den Nachwuchs des Politpersonals dazu rechnen darf). Da die Dissertation von Frau Schavan vor dreißig Jahren – in den achtziger Jahren – entstanden ist, wurde begütigend vorgebracht, damals wären die Standards wissenschaftlichen Arbeitens, speziell des Zitierens, »nicht so streng wie heute« gewesen, man könne damalige »Schnitzer« nicht auf die Goldwaage legen (womit die Frage des Vorsatzes abgeboten wird). Trifft der Einwand zu?

Zu Beginn meines Studiums kaufte ich mir das auch heute noch lesenswerte Buch von Johannes Riechert »Ökonomie des Studierens« (Bergakademie Freiberg Fernstudium, 6. Aufl. 1957). Sein Titel nennt Stichworte wie Planen der Arbeit, Gliederung, Stilsünden, Ernährung, Ehe, Konzentrationstraining, Zeitaufwand. Im Abschnitt »Literaturverzeichnis« und in den Vorschriften für Diplomarbeiten verlangte Riechert, es seien »alle verwendeten Publikationen

anzuführen, ... Zitate in Anführungsstriche zu setzen, ihre Quelle ist anzugeben«.

Diese Forderungen bestehen also schon lange. Sie sind nicht Ergebnis einer neuen Entwicklung. Zwei von mir seinerzeit betreute Staatsexamensarbeiten von 1965 und 1966 schließen mit der eidesstattlichen Versicherung der Lehrerstudierenden, »daß ich die vorstehende Arbeit selbständig verfaßt und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel benutzt habe«.

Soweit die Standards an Hochschulen der verblichenen DDR. In der BRD wird es damals kaum anders gewesen sein. Systematische Ignoranz oder Umgehung dieser Standards in Abschlußarbeiten kann man nicht anders als bewußten Vorsatz auffassen. Was hat sich denn nun inzwischen geändert?

Als meine Diplomarbeit experimentelle Ergebnisse lieferte, die die Arbeitsthese bestätigten, ließ mein Institutsdirektor das von einem seiner Assistenten nacharbeiten. Stan-

dards sind eben die eine Sache – Zuverlässigkeit der Ergebnisse eine andere. In den Naturwissenschaften läßt sich diese leichter überprüfen als in den Gesellschaftswissenschaften.

Im heutigen hektischen, unter Geld- und Personalmangel leidenden Hochschulbetrieb ist die kritische Nachprüfung vorgelegter Ergebnisse oft ein Zeitproblem. Ein anderes sind Krisenerscheinungen in manchen Geisteswissenschaften, in denen man selbst unsolide, aber PR-mäßig erfolgversprechende Behauptungen aufstellt, sofern sie nicht offensichtlich durch empirische Daten widerlegbar sind. Schließlich macht der real existierende Kapitalismus auch karrierefördernde akademische Titel zur Ware, die ohne zeitraubende »Umwege« durch Täuschäquivalente wie Geld und Beziehungen zu erwerben ist und deren Produktion inzwischen einen speziellen Geschäftszweig darstellt.

Schlechte Beispiele verderben gute Sitten. Die damalige Studentin Schavan, die ihre Dissertation immerhin mit einiger Mühe zusammen- und abgeschrieben hat, war dagegen ein Ausbund an Ehrbarkeit.

ROLF RICHTER

www.1000dokumente.de

Schlüsseldokumente zur deutschen, zur russischen und sowjetischen Geschichte im 20. Jahrhundert. Textdokumente und Bilder, Audio- und Videodokumente. (VAB)

Ehrung für Ehrenamtler

Eberswalde (bbp). Der Ortsvorsteher im Brandenburgischen Viertel Carsten Zinn zeigte sich sehr erfreut, daß in diesem Jahr unter jenen, die von der Stadt Eberswalde offiziell für ihr ehrenamtliches Engagement 2012 geehrt wurden, auch Einwohnerinnen und Einwohner aus seinem Ortsteil zu finden waren.

Die Auswahl trifft die »Arbeitsgruppe Ehrenamt«, bestehend aus Vertretern der Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung unter Leitung des SPD-Vertreters und derzeit amtierenden Vorsitzenden der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung Eckhard Schubert. Seitens der Stadtverwaltung wird das Auswahlverfahren und die Veranstaltung zur Auszeichnung der vorgeschlagenen EhrenamtlerInnen durch Sozialreferentin Barbara Bunge begleitet und koordiniert.

»Der Chor IWUSCHKA und Nadine Kolberg vom Eltern-Kind-Zentrum in unserem Kiez haben diese Ehrung mehr als verdient«, sagte der Ortsvorsteher. »Sie stehen stellvertretend für die vielen anderen ehrenamtlich Tätigen in unserem Stadtteil. Dieses Viertel hat eine Auszeichnung mehr als verdient. Aber bei 12 Einzelpersonen und einem Verein, die pro Jahr ausgezeichnet werden können, ist natürlich klar, daß nicht alle Vorschläge und schon gar nicht alle Ehrenamtlichen, mit einer verdienten Ehrung beglückt werden können. Die Jury ist für die Verantwortung zur Auswahl keinesfalls zu beneiden.«

Der Chor IWUSCHKA fördert mit seinen zahlreichen Auftritten in sozialen Einrichtungen die kulturelle Annäherung. Im September



2012 feierte er sein zehnjähriges Bestehen (BBP 10/2012). Er ist mit seinem Repertoire über die Grenzen von Eberswalde bekannt. Zurzeit sind zwölf Frauen im Chor aktiv die mit sowohl mit ihrer stimmlichen Qualität als auch mit den farbenfrohen Kostümen für Aufsehen sorgen. Zum Repertoire gehören russische, ukrainische und deutsche Volkslieder. Der Chor ist lebensfroher Botschafter für Toleranz und Annäherung der Kulturen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration. Vorgeschlagen wurde der Chor von Marieta Böttger, der Beauftragten für Migration und Integration des Landkreises Barnim. Damit folgte sie u.a. auch der Anregung des Ortsvorstehers im Brandenburgischen Viertel.

Nadine Kolberg engagiert sich als Mutter eines Kindes in der Kita »Arche Noah« seit mehr als fünf Jahren ehrenamtlich im Eltern-Kind-Zentrum (EkiZ) Brandenburgisches Viertel sowie in der Kindertagesstätte der Evangelischen Kirchengemeinde Finow. »Im Rahmen der Familienförderung unterstützt Frau Kolberg mit großer ehrenamtlichen Einsatzbereitschaft und ganz viel Freude verschiedene Elternprojekte«, schrieb Jenny Wörpel vom EkiZ in ihrem Vorschlag. Nadine Kolberg, führt die Vorbereitungen und Nachbereitungen der wöchentlichen Angebote des Eltern-Kind-Zentrum BBV – Elterncafé und Krabbelgruppe durch. Sie unterstützt ehrenamtlich verschiedene Elternprojekte, die Patentreffen vom Netzwerk »Gesunde Kinder«, Familienflohmärkte, Babywillkommenspartys und sonstige Veranstaltungen beider Einrichtungen. Ihre »aufopferungswolle Bereitschaft, das ehrenamtliche Engagement und die damit verbundenen Unterstützungen«, meint Jenny Wörpel, »werten das Wort 'Ehrenamt' enorm auf«.

Mehr Informationen, auch zu den übrigen Ausgezeichneten finden Sie auf der städtischen Internetseite (www.eberswalde.de).

Nazipartei im Barnim gegründet

Biesenthal (bbp). Die Stadt Biesenthal gehört weiterhin zu den Zentren der Naziszene im Land Brandenburg. Das vermeldet das »Researcheteam Biesenthal« (biesenthal/blogsport.de). Nachdem es längere Zeit um das Nazigelände am Rande Biesenthals ruhig geblieben war, berichteten verschiedene Presseorgane und Internetseiten Ende Januar, daß in Biesenthal die Gründungsversammlung des Brandenburger Landesverbandes der neuen Partei »Die Rechte« stattgefunden habe.

Am 26. Januar hatte die Polizei in Biesenthal 15 bis 20 Nazis kontrolliert und deren Personalien aufgenommen. Andere Presseberichte

sprachen hingegen davon, die Gründungsversammlung habe in Finowfurt stattgefunden. Beobachter sprechen von Ablenkungsmanövern.

Inzwischen scheint gesichert, daß sich am 26. Januar etwa 25 Personen den ganzen Tag auf dem Gelände in Biesenthal aufgehalten haben. Augenzeugen berichten von Fahrzeugen aus Märkisch-Oderland, dem Barnim, der Uckermark und Berlin. Neben dem Ehepaar Mann aus Finowfurt soll sich unter den Besuchern auch die ehemalige »Frontbann 24«-Frau Gesine Hennrich und ihr Mann Ronny Schrauder befunden haben (www.gegenrede.info).



Elektromagnetische Strahlung: Ungleichbehandlung

Im Umweltausschuß des Bundestages wurden am 27. Februar in einer öffentlichen Anhörung mit externen Sachverständigen die Änderungsvorschläge der Bundesregierung zu elektromagnetischen Feldern und telekommunikationsrechtlichen Nachweisverfahren für die Novellierung der 26. Bundesimmissionsschutz-Verordnung diskutiert.

Die Änderung der Grenzwerte für die Feldstärke in der Verordnung soll die Bevölkerung besser vor den gesundheitlichen Auswirkungen der elektromagnetischer Felder schützen. Es gibt schon lange Erkenntnisse, die gesundheitlichen Risiken nicht ausschließen. Und jetzt reagiert die Politik darauf. Das ist zwar gut, aber Grenzwerte sind und bleiben politische Werte. Und die Änderungsvorschläge bleiben halbherzig, zumal wenn man davon ausgeht, daß sich die Quellen der elektromagnetischen Felder im öffentlichen und privaten Lebensumfeld vervielfachen.

Am meisten regt mich die Ungleichbehandlung der Menschen auf, die mit dieser Verordnung zementiert wird. Die Grenzwerte für die Feldstärke in Wohngebieten werden geringer. Das heißt, die Abstände von Freileitungen zu Wohngebieten sollen größer werden, was aber nur für neue, noch nicht geplante Anlagen gilt. Für alle genehmigten und bis zum 31. Dezember letzten Jahres zur Genehmigung beantragten Anlagen trifft das nicht zu!

Im Klartext: Für die Freileitungen, die in den nächsten Jahren gebaut werden, gelten die alten Grenzwerte. Das betrifft auch die Uckermarkleitung. Dann wird es für viele nix mit mehr Gesundheitsvorsorge. So eine eklatante Ungleichbehandlung ist eigentlich ein Fall für das Bundesverfassungsgericht.

SABINE STÜBER

Hintergrund:

Die bisherige 26. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über elektromagnetische Felder - 26. BImSchV) gilt seit 1997. Sie enthält Anforderungen zum Schutz der Allgemeinheit vor schädlichen Umwelteinwirkungen und zur Vorsorge gegen schädliche Wirkungen durch elektromagnetische Felder. Die Verordnung gilt bisher hauptsächlich für Hochfrequenz- (ortsfeste Sendefunkanlagen, 10 - 300.000 Megahertz) und Niederfrequenzanlagen (Umspannung/Fortleitung von Elektrizität, bis 50 Hertz), die gewerblichen Zwecken dienen. Wesentliche Neuerungen im Verordnungsentwurf sind: Ausdehnung des Anwendungsbereiches von gewerblich betriebenen Funkanlagen auf private und hoheitlich betriebene Funkanlagen; Überarbeitung der Grenzwerte nach der Empfehlung der Internationalen Strahlenschutzkommission (ICNIRP) aus dem Jahr 2010; Anpassung der Frequenzbereiche (Hochfrequenz 9 Kilohertz - 300 Gigahertz, Niederfrequenz 1 Hertz - 9 Kilohertz); Ausdehnung des Anwendungsbereiches auf Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung (HGÜ, Übertragungstechnologie beim Ausbau der Stromnetze).

Der Weltwassertag wirbt in der breiten Öffentlichkeit und der Politik für die Bedeutung des Wassers als Lebensgrundlage der Menschheit. Schon 2003 hatten die Vereinten Nationen erstmals ein »Jahr des Wassers« ausgerufen. Am 23. Dezember 2003 hat die 58. UN-Generalversammlung den Zeitraum 2005 bis 2015 zur »Weltdekade des Wassers« erklärt. 2013 ist das drittletzte Jahr dieser Weltdekade.

Worum geht es? Anderthalb Milliarden Menschen haben weder Zugang zu sauberem Trinkwasser noch zu menschenwürdigen Sanitäreinrichtungen. Krankheitserreger im Trinkwasser verursachen jährlich den Tod von mehr als 1,5 Millionen Kindern. Zwei Millionen Tonnen Abwasser laufen täglich ungefiltert in unsere Wasservorkommen. Angesichts dieser Probleme formulierte die UNO die Millenniumsziele. Eines der Ziele ist, die Zahl der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Fachleute errechneten, daß dieses Ziel nicht erreicht werden wird. Ein Grund ist sicher, daß die Weltbevölkerung schneller wächst als der Fortschritt in der Wasserversorgung.

Inzwischen sind die Forderungen der Menschenrechtsorganisationen: »Wasser ist ein Menschenrecht« und »Wasser ist ein Gemeingut und keine Handelsware« weltweit akzeptiert. Leider sind wir von der Verwirklichung dieser Forderungen weit entfernt. Zu den Ursachen werden wir um 22. März herum eine Menge lesen können. Wir werden lesen über die Konflikte zwischen Staaten und zwischen Regierungen und den Regierten. Wer über Wasser verfügt, der hat Macht und Geld. Wer aufmerksam liest wird immer wieder feststellen: Wasser ist unverzichtbar. Wer es zum Leben braucht, der muß großen Aufwand betreiben, um an Wasser zu kommen, weil er sonst nicht überlebt. Das ist eine gute Geschäftsgrundlage, mit der z.B. die großen Wasserkonzerne wie Veolia/Vivendi und Suez und RWE jährlich Milliarden Gewinne erwirtschaften. Sie sichern sich Wasserrechte, auch mit Waffengewalt. Sie sind es, die seit Jahrzehnten das Wasser zu einer Handelsware machen und die natürlich nichts davon halten, wenn Menschenrechtsaktivisten fordern, daß jedem Menschen täglich mindestens 25 Liter Wasser zur Verfügung stehen müssen – und zwar zum Nulltarif!

Die weltweit ungelösten Wasserprobleme können wir nicht leugnen. Daß sie gelöst werden müssen ist unstrittig. Viele von uns nehmen sie jedoch nicht wahr. Daran haben die bisherigen Gedenktage auch nicht viel ändern können. Auch ist die groß aufgezogene »Information« über die weltweiten Probleme ein beliebtes Mittel, von den eigenen Problemen, es gibt sie leider, abzulenken!

Dazu folgendes: Unsere Wasserversorgungsbetriebe kalkulieren, wir haben's ja, einen Wasserverbrauch von 120 l pro Person und Tag. Sie jammern, wenn nur 70 oder 80 Liter pro Tag gezapft, also verkauft werden. Wer gar weniger

Weltwassertag 2013:

Kein Schrank aus Tropenholz...

von Johannes Madeja

Der Weltwassertag wird seit 1993 jährlich am 22. März begangen, so auch in diesem Jahr. 2013 steht er unter dem Motto »Wasser und Zusammenarbeit«, zugleich Thema des Weltwasserjahres 2013. Damit hat der Weltwassertag in diesem Jahr eine besondere Bedeutung. Die UNESCO trägt die Hauptverantwortung für die Gestaltung des diesjährigen Welttags. Ich bin gespannt.

als 50 Liter pro Tag verbraucht, der wird von den Wasserversorgern gern als nicht sonderlich reinlicher Mensch angesehen.

Dabei ist die Wassermenge aus dem Hahn bei weitem nicht die Hauptmenge des von uns täglich verbrauchten Wassers. Für die Herstellung unserer Lebensmittel und aller Güter des täglichen Bedarfs ist Wasser erforderlich. Anthony Allan, Träger des Stockholmer Wasserpreises 2008, haben wir den Begriff des »virtuellen Wassers« zu verdanken. Man kann ausrechnen, wieviel Wasser erforderlich ist, um all das herzustellen, was wir täglich nutzen – vom Teebeutel bis zur Salami oder zum Kohlkopf und vom Nagel bis zur Waschmaschine.

Vielen von uns ist diese Betrachtungsweise noch ungewohnt. Deshalb hier wenige Zahlen: Zur Herstellung z.B. einer Tasse Kaffee sind 140 l Wasser erforderlich. Einem Kilogramm Rindfleisch entsprechen 15.000 l Wasser, einem Ei 220 l und einer Jeanshose 8.000 l. Wie sehr wir aus dem Vollen schöpfen wird klar, wenn wir an die Rosen aus Bolivien, die Erdbeeren aus China und die Rouladen aus Argentinien denken, die wir bei uns zu jeder Jahreszeit kaufen können. Darin steckt nicht nur viel Wasser, sondern angesichts der riesigen Transportwege auch eine Menge Energie. So gesehen verbrauchen wir pro Person und Tag 4.000 bis 5.000 Liter Wasser.

Wie gut wir leben zeigt noch eine andere Zahl, der Wasserverbrauchsindex. Diese Zahl gibt an, wieviel Kubikmeter Wasser wir pro Kopf und Jahr verbrauchen. In Deutschland sind das 1.545 Kubikmeter. Zum Vergleich: China hat einen Index von 700 Kubikmetern, in den USA beträgt er 2.483 Kubikmeter. Mit dieser Wassermenge kann man ein Becken von 30 x 30 m Kantenlänge bis zu einer Tiefe von fast 28 m füllen – wie gesagt pro Person!

Wir kaufen Wasser und Energie von Menschen, die sie uns in dieser »veredelten« Form verkaufen müssen, um zu leben und die davon nicht gut leben können. Das »Geschäft« machen andere! In dieses Geschäft würden, auch bei uns, gern die Wasserkonzerne einsteigen und sie haben, mit Hilfe korrupter Verwaltungen und ahnungsloser Abgeordneter, schon einiges erreicht. Paradebeispiel in unserer Region ist die Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe. Glücklicherweise gibt es auch verantwortungsbewußte Politiker und eine Menge hellwacher Bürger. Die Liberalisierung des

Wassermarktes – so wird die Privatisierung gern verharmlosend genannt – ist nicht mehr so leicht durchzusetzen. Das Zauberwort »PPP« (Public Private Partnership) ist enttarnt und zieht nicht mehr. Die meisten Bürger haben begriffen, daß die Wasserversorgung in die öffentliche Hand gehört und da bleiben muß.

Leider sind auch damit noch nicht alle Probleme gelöst. Auch die sogenannte »öffentliche Hand« hat das Wasser als Geldquelle entdeckt. Deutschland hat weltweit die höchsten Wassergebühren und der Grund dafür ist nicht in erster Linie, wie man uns gern glauben machen möchte, der hohe technische Standard und die überwiegend gute Qualität unseres Leitungswassers. Bei uns wurden Millionen in überdimensionierte Anlagen und unwirtschaftliche Kanalnetze fehlinvestiert. Die Kredite zahlen vermutlich noch unsere Enkel mit den Gebühren ab. Aber das reicht nicht!

Immer wieder erfindet die Landesregierung Brandenburg neue Gründe, um für längst abgeschlossene Maßnahmen nachträglich Geld zu fordern. Zunächst schafft sie sich geeignete Gesetze. Die haben wohlklingende Namen wie »Zweckverbandssicherungsgesetz« und »Stabilisierungsgesetz« und »Daseinsvorsorgegesetz« und sind doch nichts weiter als ein Vorwand, die Bürger – oft für eigene Fehlleistungen – zur Kasse zu bitten. Vorerst letzter Streich war die Änderung des Kommunalabgabengesetzes. Da wurden Verjährungsfristen kurzerhand außer Kraft gesetzt und nun will man sogenannte Altanschließbeiträge kassieren. Es kommt nicht darauf an, ob das alles auch rechtens ist. Wer die Macht hat, der hat auch das Recht.

Auch hier bei uns tobt also der Kampf ums Wasser. Es ist wie in Afrika, in Mittelamerika oder im vorderen Orient – es geht um Geld, viel Geld. Denken wir daran, wenn wir den »Welttag des Wassers« begehen. Ich habe nicht »feiern« geschrieben – zu feiern gibt es nichts! Oder doch? Natürlich doch! Ich denke z.B. an Karl-Heinz Böhm in Äthiopien, der von den Menschen dort zu recht gefeiert wird. Er hat, nicht nur, aber auch, für Wasser gesorgt!

Es gibt viele »Namenlose«, die ihr ganz privates Geld in die Hand nehmen und mit dafür sorgen, daß die Wassernot auf der Welt etwas gemildert wird. Jeder kann helfen und jeder sollte es tun. Es muß nicht immer Bares sein! Keine Erdbeeren im Herbst aus China und kein Schrank aus Tropenholz, das wäre ein Anfang!



Kommunale Verantwortung erhalten

In der 72. Landtagssitzung am 28. Februar wurde u.a. der Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen »EU-Richtlinie 'Konzessionsvergabe' nicht auf die Wasserversorgung anwenden« (Drucksache 5/6875) behandelt. Die beiden Barnimer Landtagsabgeordneten der Linken, MARGITTA MÄCHTIG und Dr. MICHAEL LUTHARDT, gaben dazu vorab eine Erklärung ab:

In dem gemeinsamen Antrag wird die Landesregierung aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene weiterhin dafür einzusetzen, daß die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen nicht mit den Binnenmarktregelungen unterworfen werden und daß die Umsetzung der Richtlinie zu keinen erhöhten bürokratischen Belastungen für öffentliche Auftraggeber und Unternehmen führt und bewährte Einrichtungen der Daseinsvorsorge nicht gefährdet werden.

Der Binnenmarktausschuß des Europäischen Parlaments stimmte am 24. Januar dieses Jahres dem Richtlinienvorschlag der EU-Kommission zu, für die Vergabe von Dienstleistungskonzessionen europaweit einheitliche Regelungen zu schaffen. Damit greift die Richtlinie tief in die kommunalen Strukturen ein. Der Richtlinien-Entwurf betrifft alle Gemeinden und Versorgungsverbände, die eine Konzession vergeben haben, also die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung nicht durch einen Eigen- oder Regiebetrieb betreiben, deren Jahresumsatz 8 Millionen Euro pro

Jahr übersteigt, die nicht aus kommunalen Haushalten subventioniert werden oder weniger als 80 Prozent der Dienstleistung für die eigene Kommunen erbringen.

Keine Anwendung findet die Richtlinie, wenn die Wasserversorgung direkt von den Kommunen und von kommunalen Zweckverbänden erbracht wird. So ist der Landkreis Barnim mit seinen kommunalen Wasser- und Abwasserverbänden auch nicht von der EU-Richtlinie betroffen. Deshalb ist es wichtig, daß die Wasserversorgung als Teilbereich der öffentlichen Daseinsvorsorge auch künftig zu 100 Prozent in kommunaler Hand bleibt. Welche Folgen eine zwanghafte Privatisierung der Wasserversorgung haben kann, ist am Beispiel von Berlin zu sehen.

Deshalb macht sich Die Linke gemeinsam mit ihrem Koalitionspartner SPD grundsätzlich gegen die Liberalisierung der Wasserversorgung und ihre negativen Folgen stark. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang auch die Europäische Bürgerinitiative »Wasser ist ein Menschenrecht«.

Europäische BI zur Wasserversorgung

Der Kreisverband Barnim der Partei Bündnis 90/Die Grünen unterstützt die gegenwärtig laufende Europäische Bürgerinitiative »Wasser ist ein Menschenrecht« und ruft alle Bürgerinnen und Bürger zur Unterzeichnung auf. Die Initiative des Europäischen Gewerkschaftsverbandes für den öffentlichen Dienst (EGÖD) richtet sich gegen Privatisierungen der Wasserversorgung. Das Recht auf Zugang zu sauberem Wasser ist am 28. Juli 2010 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen zum Menschenrecht erklärt worden. Wasser ist damit ein Öffentliches Gut und keine Handelsware.

Die Initiatoren der Europäischen Bürgerinitiative fordern die Europäische Kommission zur Vorlage eines Gesetzesvorschlags auf, der das Menschenrecht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung durchsetzt und eine funktionierende Wasser- und Abwasserwirtschaft als existenzsichernde öffentliche Dienstleistung für alle Menschen fördert. Diese EU-Rechtsvorschriften sollten die Regierungen dazu verpflichten, für alle Bürger und Bürgerinnen eine ausreichende Versorgung mit sauberem Trinkwasser sowie eine sanitäre Grundversorgung sicherzustellen. Folgende konkrete Forderungen werden von der BI erhoben:

1. Die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß alle Bürger und Bürgerinnen das Recht auf Wasser und sanitäre Grundversorgung haben.
2. Die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen darf nicht

den Binnenmarktregeln unterworfen werden. Die Wasserwirtschaft ist von der Liberalisierungsagenda auszuschließen.

3. Die EU verstärkt ihre Initiativen, einen universellen Zugang zu Wasser und sanitärer Grundversorgung zu erreichen.

Die Verfechter eines staatlichen Rückzugs aus der Daseinsvorsorge versprechen grundsätzlich preiswertere und bessere Dienstleistungen. Die Erfahrungen mit Privatisierungen, z.B. in Berlin, belegen jedoch das Gegenteil dieser Verheißungen – steigende Preise und teilweise auch sinkende Qualität.

Öffentliche Daseinsvorsorge/Wahrung der Menschenrechte und Marktwirtschaft sind zwei unvereinbare Pole. Der Zugang zu öffentlichen Gütern darf nicht von marktwirtschaftlichen Gewinnerwartungen abhängig gemacht werden. Öffentliche Daseinsvorsorge erfordert Zusammenarbeit anstelle von Wettbewerb.

Mit dem Instrument der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) verfügen die BürgerInnen in Europa seit dem 1. April 2012 über die Möglichkeit, ein bestimmtes Thema auf die europäische politische Agenda zu setzen. Erforderlich ist die Sammlung von einer Million Unterschriften wahlberechtigter EU-Bürger aus mindestens sieben unterschiedlichen EU-Mitgliedstaaten. Die Unterschriften zur laufenden Initiative können online über das Internet (www.right2water.eu/de) geleistet werden.

STEFAN BÖHMER,
Kreissprecher Bündnis 90/Die Grünen Barnim

Der verschnupfte Landrat

Am 20. Februar fand im legendären Eberswalder Schuppen, dem Haus Schwärzetal, die traditionelle jährliche Personalversammlung der Beschäftigten in der Barnimer Kreisverwaltung statt. Knapp 50 Prozent der Beschäftigten nutzten trotz witterungsbedingter hoher Krankenstände die Gelegenheit, dem Bericht des Personalrates und den Erwiderungen ihres Dienstherren Landrat Bodo Ihrke zu lauschen.

Die verantwortlichen Mitglieder im Personalrat hatten die Personalversammlung in enger Abstimmung mit dem Terminkalender des Dienststellenleiters angesetzt. Umso verwunderter, ja sogar baff, waren die meisten anwesenden Beschäftigten, als sich Landrat Ihrke gegen 10.30 Uhr erhob und die bis 12 Uhr angesetzte Personalversammlung verließ. Weder ein Wort zum Grund seines vorzeitigen Abganges an diesem Tage, noch eine Entschuldigung waren von ihm zu hören. Auch gab er der von ihm gescholtenen ver.di Sekretärin keine Chance, auf seine persönlichen Angriffe und Anschuldigungen unmittelbar zu reagieren. Ihre Rede hörte er nicht mehr an.

Krankheitsbedingte Verschnupfung kann es nicht gewesen sein. Ganz im Gegenteil, er wirkte zu Beginn der Veranstaltung sehr aufgeräumt und wie immer launig lässig und routiniert. Trotzdem scheint ihm der Bericht des Personalrates erneut innerlich zugesetzt zu haben. Anders kann man seine unqualifizierte Reaktionen einschließlich seiner Schimpfkampagnen gegenüber der ebenfalls anwesenden verantwortlichen ver.di-Fachbereichssekretärin für die Gemeinden im Bezirk Uckermark-Barnim, Petra Honig, kaum werten. Sein Herunterspielen der knallharten Fakten im Bericht des Personalrates zeigte einmal mehr sehr deutlich, daß die Verwaltungsspitze in der Barnimer Kreisverwaltung ein äußerst gestörtes Verhältnis zur Interessenvertretung der Beschäftigten, einschließlich zur zuständigen Fachgewerkschaft, der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, hat.

Als frischgebackener 58-jähriger wäre er gut beraten, auch mit Unterstützung seiner sozialdemokratischen Spitzengenossen und Gewerkschaftsmitglieder in den Eberswalder Ortsvereinen, u.a. mit dem ver.di Landesbezirksleiter Verkehr Berlin-Brandenburg Jens Gröger, das Gespräch zu suchen und auch zu führen.

Die Beschäftigten des Werner Forßmann Krankenhauses haben 2012 sehr eindrucksvoll demonstriert was es heißt: »Schluß mit lustig, wir lassen uns nicht weiter demütigen«.

Den Personalrat weiterhin nicht im Organigramm der Barnimer Kreisverwaltung zu führen, spricht Bände. Es ist zu hinterfragen, wann endlich die Fraktionen im Barnimer Kreistag, insbesondere die der LINKEN und der SPD, aufwachen, um dieses arbeitnehmerfeindliche Treiben des Landrates, einschließlich seiner loyalen »Hofschrannen«, endlich ein Ende zu bereiten.

KORDULA ZIMMERMANN

Aktion Alleinrettung

Potsdam (bund/bbp). Die Volksinitiative »Rettet Brandenburgs Alleen« war vom Landtag Brandenburg abgelehnt worden. Immerhin aber ging der Auftrag an die Landesregierung, die umstrittene Alleinkonzeption im Jahr 2011 zu evaluieren. Das heißt das Konzept sollte bewertet und gegebenenfalls konkretisiert werden. Zudem sollte unter anderem geprüft werden, welche Maßnahmen zur Pflanzung zusätzlicher Alleebäume führen können und wie die mittel- und langfristige Finanzierung des Alleenschutzes sichergestellt werden kann.

Seitdem gab es im Landtag diverse Anfragen. Auch die Schutzgemeinschaft Brandenburger Alleen, in der der BUND Brandenburg aktiv mitwirkt, erinnerte die Landesregierung mehrfach an den Beschluß zur Evaluierung. Trotzdem liegt auch mehr als ein Jahr nach Fristablauf immer noch kein Bericht vor.

Immerhin berichtete der damalige Staatssekretär des Verkehrsministeriums Rainer Bretschneider am 17. Januar dem Infrastrukturausschuß, daß sich momentan ein Entwurf des Evaluierungsberichtes in der Ressortabstimmung befinde. Zur mögliche Dauer oder die Ergebnisse dieser Abstimmung konnte Bretschneider laut eigener Aussage nichts sagen.

Aus diesem Grund forderte die Schutzgemeinschaft Brandenburger Alleen kürzlich an Ministerpräsident Matthias Platzeck dazu auf, sich auf dem Dienstweg für die Umsetzung des Landtagsbeschlusses einzusetzen. Der BUND Brandenburg hat dazu auf seiner Internetseite eine eMail-Aktion eingerichtet, die sich an Umweltministerin Anita Tack und Verkehrsminister Jörg Vogelsänger wendet.

Der BUND fordert von den beiden für den Alleenschutz zuständigen Ministerien einen zeitnahen Abschluß der Ressortabstimmung und eine wirksame Umsetzung der gesetzlichen Regelungen zum Alleenschutz im Land Brandenburg. Alle Brandenburger Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, sich unter www.bund-brandenburg.de an der Aktion zu beteiligen.

3. Eberswalder Völkerball Turnier der Toleranz

am 27. April in der Sporthalle des SV Medizin (Reki e.V.) im Brandenburgischen Viertel.

Zonenboys Eberswalde e.V.

Netto künftig ohne Edeka

Eberswalde (bbp). Der dänische Discounter Netto Stavenhagen hat auch in Eberswalde mehrere Filialen. Bisher hatte auch die Supermarkt-Kette Edeka einen Anteil von 25 % an dem Unternehmen. Per 31. Dezember 2012 verkaufte Edeka seine Anteile an die Dansk Supermarket Gruppe, die bereits die restlichen Anteile hält. Netto Stavenhagen ist mit etwa 350 Standorten und 4.000 Mitarbeitern vor allem im Nordosten der BRD vertreten. Das »schwarze Netto« ist nicht zu verwechseln mit der mehr als 4.000 Filialen zählenden Edeka-Unternehmenstochter Netto Marken-Discount (»rotes Netto«).

Erfolge des baumlosen Bauens

Mit der Sonne kommen auch die Erfolge der Initiative baumloses Bauen in der Stadt (Ib-BiS) ins richtige Licht. Eine Reise nach Eberswalde lohnt immer wieder. Die langjährige ehrenamtliche Arbeit unserer Mitglieder, die unermüdliche Weiterbildung, Vorlesungen an der nachhaltigen Hochschule und die kreative Unterstützung durch die öffentliche Hand haben sich gerade auch in und für Eberswalde gelohnt. Die neueste Innovation des baumlosen Bauens kann man von der Oderberger Straße aus gleich hinter dem Bahnübergang auf den Gelände der Landesklinik bestaunen. Dort wird ein innovative, schönes und anregendes Beispiel des langen Köpfens gezeigt.

Wie Sie wissen, kann man besonders renitente Bäume in drei Meter Höhe Köpfen und dann einige Zeit am Pranger stehen lassen, bevor der finale Wurzelhalsschnitt freien Raum schafft. Dieses kurze Köpfen beherrscht mittlerweile jeder kleine GALA-Baubetrieb und wird von den Straßenbetriebsdiensten meisterhaft und flächendeckend an allen Straßen praktiziert. Das lange Köpfen bei sechs Metern hingegen erfordert größere Aufwendungen, zeigt aber auch länger Wirkungen. Unter anderem braucht man lange Leitern und schwindelfreie Mitarbeiter, sowie etwas Mut. Dafür hält die abschreckende Wirkung des langen Köpfens länger an. Diese törlichten Bäume treiben

aus dem schlanken langen, abgeschnittenen Stamm noch einmal aus und stehen dadurch noch einige Zeit länger am Pranger. Das sieht so richtig häßlich aus und zeigt den anderen Bäumen, wo der Hammer hängt und was ihnen blüht. Im darauffolgenden Jahr sterben die Bäume ab und man kann diese Kreaturen mit Stumpf und Stiel entfernen. Sollte einmal ein Baum das lange Köpfen überstehen, so steht der krepelige Baum frei sichtbar am Pranger.

Die Initiative baumloses Bauen in der Stadt unterstützt diese Neuheit und hat die die Aktion für den reich dotierten Innovationspreis vorgesehen. Leider gibt sich der Urheber nicht zu erkennen. Wer kann helfen? Wir suchen diesen helllichtigen Erfinder schon einige Zeit. Darüber hinaus rufen wir alle Kreativen auf, neue Methoden des baumlosen Bauens zu erfinden und die vorhanden Methoden weiterzuentwickeln. Bewerben Sie sich für unseren Innovationspreis. Wir werden Sie bekannt machen.

Sehr geehrte Damen und Herren in Eberswalde, machen Sie weiter so und denken Sie daran, die Stadt Eberswalde hat Ihren guten Ruf, ein Alleinstellungsmerkmal und nicht unbeträchtliche Einnahmen aus dem Tourismus zum baumlosen Bauen zu verlieren.

LARS ZIEGLER, Vorstand der Initiative baumloses Bauen in der Stadt (IbBiS)

Unterm Hintern weg verkauft

Wie kann man sein Geld in den heutigen unsicheren Zeiten krisenfest anlegen? In Aktien, Gold? Nein, die Alternative heißt Landkauf, bevorzugt landwirtschaftlich genutztes Land... Weltweit spricht man von Land Grabbing, Landnahme... Weltweit tätige Konzerne und Kapitalfonds ... gehen auf Einkaufstour in den Entwicklungsländern. Es wird geschätzt, daß über 10 bis 30 % der verfügbaren Ackerflächen Verhandlungen laufen... Die Folgen für die einheimische Bevölkerung und für die Umwelt sind unübersehbar.

Wer denkt, daß dies weit weg von uns ist, der täuscht sich. Auch hier bei uns, bevorzugt in den östlichen Bundesländern, kaufen immer mehr Kapitalanleger, die keinen Bezug zu Boden, Tier oder Region haben, Acker- und Grünland auf... In Folge dessen sind die Preise für solche Flächen sprunghaft angestiegen. Schuld daran ist nicht nur die Verkaufspraxis der BVVG. Ortsansässige landwirtschaftliche Betriebe in Ostdeutschland ... haben oft nicht die Kapitaldecke, die bisher gepachteten Flächen zu kaufen. Ein Betriebsleiter einer großen Agrargenossenschaft im Barnim schilderte mir erst vor kurzem, wie bisherige Verpächter ihre Flächen zu hohen Preisen an eine Fondsgesellschaft verkauften. »Das Land wird uns unter dem Hintern weg verkauft. Da können wir nicht mithalten«, sagte er mir.

Der Antrag von CDU und Bündnisgrünen (Drucksache 5/6866) enthält einige überlegenswerte Ansätze, jedoch auch einige Unwuchten. So ist z.B. eine Begrenzung von Ausschreibungslosen auf unter 10 ha nicht der Situation in Brandenburg entsprechend. Wie Sie sicherlich wissen, sind ... die Schläge sind oft mehr als 10 ha groß. Auch eine Streckung der Privatisierung bis 2025 schafft ... eher Unsicherheit. Denn die Pachten und auch die Bodenpreise werden so oder so steigen...

Ob die Änderung des Grundstücksverkehrsgesetzes in Brandenburg etwas bringt, sei auch dahingestellt. Sicherlich wäre es gut, wenn es sich dahingehend ändern ließe, daß nur eine von Bauern getragene Landwirtschaft Vorrang beim Zugang zur Fläche hat. Aber: auf europäischer Ebene herrscht freier Waren- und Dienstleistungsverkehr. Da ist die Frage, wie sich das vereinbaren läßt.

Auf Bundesebene ist eine Novellierung des Landwirtschaftsgesetzes dringend notwendig (es stammt noch aus den 50-er Jahren des vorigen Jahrhunderts), in der die Leitplanken für eine nachhaltige Landwirtschaft zusammengefaßt werden müßten. Die derzeitige Regierungskoalition steht hier im Wort, denn sie hat diese Novellierung schon lange angekündigt...

Dr. MICHAEL LUTHARDT
Rede im Landtag am 27.2.2013 (gekürzt)

Brandenburg bald frei von alten Alleebäumen

Jahr für Jahr im Herbst und im Vorfrühling verschwinden zahlreiche alte Alleebäume. Die Zahlen sind beeindruckend und erschreckend zugleich: Pro Baumschau werden in den Landkreisen Hunderte Bäume zur Fällung gekennzeichnet. Eigentlich sind die Alleen im Land Brandenburg durch das Brandenburgische Naturschutzgesetz geschützt. In § 31 heißt es, daß sie nicht beseitigt, zerstört, beschädigt oder beeinträchtigt werden dürfen. Die Realität jenseits des geduldigen Papiers sieht aber leider anders aus.

Stück für Stück, und fast schon systematisch, werden Alleen zerstört. Baum für Baum wird herausgenommen, sie werden aufgelichtet und verlieren damit ihre Schutzwürdigkeit. Nachpflanzungen in den entstandenen Lücken zur Erneuerung solcher Alleen finden viel zu selten statt. Wenn Lückenpflanzungen erfolgen, werden sie in den ersten wichtigen Jahren des Anwachsens häufig zu wenig gegossen, so daß sie vertrocknen. Andere werden umgefahren oder gehen durch übermäßigen Gebrauch an Streusalz ein. Die kleinen Bäume haben somit ziemlich schlechte Aussichten, erwachsen zu werden.

Vorab: Keine Diskussion anstoßen möchte ich über solche alten Alleebäume, die aufgrund ihres mangelhaften Vitalitätszustandes tatsächlich den Erfordernissen an die Verkehrssicherheit nicht mehr entsprechen. Zu ihnen zählen Exemplare, die schlichtweg aus Altersgründen im natürlichen Abgang begriffen sind und solche, die aus unnatürlichen, menschengemachten Gründen (z.B. durch Salz- oder Anfahrtschäden) vor der eigentlichen Reststandzeit gefällt werden müssen.

Bei allen Fällungen, die darüber hinaus gehen, bin ich der Überzeugung: An Brandenburgs Straßen wird viel zu früh und vorschnell abgeholzt, weit bevor Gefahr im Verzug ist und der Baum zum Verkehrsrisiko wird. Dieser Vorwurf geht an den Landesbetrieb Straßenwesen, namentlich den Straßenmeistereien. Wenn ich mir die gefällten Bäume in Stücken geschnitten am Straßenrand anschau, so kann ich in vielen Fällen keine Schadenssymptome wie Fäulnis oder Bruchstellen erkennen, die zu einem Zusammenbruch der Bäume führen würden. Eine durchgehende Wandstärke längs des Stammes war zudem gegeben. Ein Problem ist, daß man die tatsächlich brandgefährlichen Kandidaten im Rahmen der regelmäßigen Baumschauen mit den dabei angewandten relativ einfachen optischen und quasiphysikalischen sowie wenig zeitaufwendigen und kostengünstigen Methoden nicht herausselektieren kann. Bäume, die noch voller Laub sind und vital erscheinen, können durch Wurzelschäden ihre Standfestigkeit verlieren und plötzlich »aus den Latschen kippen«. Wir alle kennen diese Horror-Pressemeldungen wie »Großer Baum stürzt bei Windstille unverhofft auf Auto«, oder so ähnlich.

Weshalb sprechen sich die Behörden so schnell für Alleebaumfällungen aus?

Der Grund mag wohl darin liegen, daß von der Landesregierung einfach zu wenig Geld für die Pflege alter Straßenbäume zur Verfügung gestellt wird. Ich bin davon überzeugt, daß sich die Lebensdauer von Alleebäumen mit einer guten fachgerechten Baumpflege deutlich, oft-



mals um 10 bis 20 Jahre, erhöhen könnte. Allerdings nimmt bei den in die Jahre gekommenen Bäumen der Aufwand, der für ihre Gesunderhaltung betrieben werden muß, deutlich zu. Es handelt sich um natürliche Prozesse, daß alte Bäume im »Rückwachstum« begriffen sind. Ein solches muß durch baumpflegerische Maßnahmen begleitet werden. Regelmäßig muß Totholz entfernt werden und manchmal eine überladene Krone, damit der Baum nicht auseinanderbricht, durch Astschnitte entlastet werden. Solche Maßnahmen kosten Geld, viel Geld. Da sind Fällungen oftmals billiger, als die »Alterspflege« von Bäumen. Der Problembaum wird beseitigt und damit ist dann Schluß.

So wird grundsätzlich nach dem Motto »Rundung vor Pflege« gehandelt. Weiterhin stellen die Alleen mittlerweile einen »Holzpool« dar. Energie wird immer teuer und die Bedeutung von Holz als Brennstoff nimmt stetig zu. Wie gut also, daß es noch die Alleen gibt, aus denen man schöpfen und sich bedienen kann.

Ein per Gesetz geschützter Alleebaum kann schnell zur Fällung ausgewiesen werden, wenn Behörden es wollen. Man benötigt in der Regel nur einen Baumgutachter, der bescheinigt, daß der Fällkandidat krank ist und eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstellt.

Solche Baumgutachten fundieren zwar auf feste Grundlagen, jedoch ist auch immer eine große Portion gutachterlichen Ermessensspielraums, sprich Auslegungssache, dabei. Und welcher Baumsachverständiger der Naturschutzbehörden, der eigentlich pro Baumschutz agieren sollte, wird zur Fällausweisung eines Gutachters des Landesbetriebes Straßenwesen gegenteiliger Meinung sein? Wer will schon ein Gegengutachten erstellen und die Verantwortung übernehmen, falls durch den Baum tatsächlich etwas passiert? Das ist, wie

alles im Leben, niemals hundertprozentig auszuschließen.

Mir ist auch noch nicht untergekommen, daß Baumgutachter der Naturschutzbehörden mit denen der Straßenmeistereien an den Alleebäumen Bäume ringen, ob diese nun doch noch stehen bleiben können oder sofort gefällt werden müssen. Auseinandersetzungen der Behörden untereinander um sachliche Themen finden in der Regel nicht statt.

Abschließend möchte ich noch auf das Thema Baumpflege eingehen: In dieser Branche tummeln sich mittlerweile viele Firmen, die keine ausreichende Qualifikation haben, um fachgerecht baumpflegerische Maßnahmen auszuführen. Häufig sind es solche Unternehmen, die im Rahmen von Hausmeisterdiensten zusätzlich Baumschnitte anbieten. Die Resultate kann man überall in der Landschaft sehen: Traurige Baumexemplare, die eine verschnittene Krone haben und nur noch unansehnlich sind. So verstümmelt, daß Baumpilze leicht in die Schnittwunden eindringen können und den Baum nach wenigen Jahren zerstören. Solchen Firmen dürfte es nicht gestattet sein, am Markt zu agieren. Sie stellen eine Schmutzkonkurrenz zu den Baumpflegern dar, die ihr Handwerk verstehen.

Somit bleibt der trübe Ausblick, daß die alten Alleebäume in Brandenburg in 10 bis 20 Jahren zur Seltenheit werden. Doch eigentlich lieben die Brandenburger ihre Alleebäume. Deshalb besteht die Hoffnung, daß die Menschen hinsichtlich der massiven Alleebäumezerstörung nicht mehr tatenlos zusehen, sondern sich im Alleebäumechutz stärker engagieren. Gleichsam müßten sie sich dann aber auch im klaren darüber sein, daß das Land mehr Geld für den Erhalt (alter) Alleebäume ausgeben müssen.

Dr. ANDREAS STEINER

Listensammlung

Auch in diesem Jahr führt die Volkssolidarität im ganzen Land Brandenburg ihre traditionelle Listensammlung durch. Sie beginnt am 1. März und endet am 30. April. Die Aktion hat bereits seit 1947 Tradition – unter dem Motto »Miteinander – Füreinander« sammeln Ehrenamtliche für soziale Projekte der Region, die sonst nicht zu finanzieren wären.

2013 möchten wir mit Ihrer Spende u.a. unsere Tagesstätte für chronisch psychisch kranke Menschen in Eberswalde neu ausstatten, sowie die Sozialberatung, die monatliche Rentensprechstunde und die Arbeit in unseren Begegnungsstätten Finow, Finowfurt und weiteren Treffs unterstützen. Auch verbleibt ein Teil der Spenden in den Ortsgruppen zur Ermöglichung ihrer sozialen Aufgaben im Wohngebiet.

Alle ehrenamtlichen Sammler können sich mit einem entsprechenden Sammelausweis legitimieren. Zudem sind die SammelListen fortlaufend nummeriert. Vielen Dank allen Spendern, jede Spende ist willkommen.

ANDREA HOEHNE

Nackt unter Wölfen

Wie lange wollen wir, der linke Flügel im Hitler-Nachfolgestaat*, noch still halten, wenn friedliche Kräfte gegen Naziaufmärsche Blockaden bilden, um die »braune Pest« zu stoppen. Am 10. November 2012 wurden linke Kräfte von Feurings und Woidkes Knüppelbrigaden krankenhausreif geschlagen. Strafanzeigen und -anträge wurden seitens der Handlanger in Robe verworfen. Seitens der Staatsanwaltschaft gibt es keinerlei Bereitschaft, dem nachzugehen. Das nenne ich Strafvereitelung im Amt. Auch in Magdeburg, berichtete die DKP-Zeitung »Roter Brandenburger«, sind friedliche Bürger gejagt und verhaftet worden. Nicht durch rechte Kräfte, sondern durch Woidkes Knüppelbrigaden.

Was ist zu tun? Der Führungsstab der Neuen Spartakusgruppe (Bürgerinitiative gegen Rechtsbeugung, Machtmißbrauch u.a.) hat auf seiner Beratung an Ordnungskräfte gedacht, die den friedlichen Ablauf von noch vielen Blockaden und den Schutz des linken Flügels gegen brutale Übergriffe der Polizei des Unrechtsstaates BRD garantieren. Juristische Schritte sind, wie wir erfahren mußten, zwecklos. Trotz erdrückenden Beweismaterials (Nachweise liegen vor).

K. BLÄTTERMANN, Mitglied des Führungsstabes der Neuen Spartakusgruppe

* Redaktioneller Hinweis aus gegebenen Anlaß: Die Bezeichnung »Hitler-Nachfolgestaat« mag wenig despektierlich sein, ist aber durch das Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt und zudem nicht falsch. Die BRD begreift sich offiziell als Nachfolgestaat des Deutschen Reiches. Die letzte Periode dieses Deutschen Reiches in den Jahren zwischen 1933 und 1945 wird umgangssprachlich auch als »Hitlerstaat« bezeichnet. Insofern ist es also legitim, den Nachfolgestaat des Deutschen Reiches auch als »Hitler-Nachfolgestaat« zu benennen.

ver.di Erwerbslose in Klausur

Aktive Mitglieder und mittlerweile in befristeten prekären Beschäftigungsverhältnissen befindliche Kolleginnen und Kollegen des Erwerbslosenausschusses als Interessenvertreter von knapp 600 ver.di Erwerbslosen im Bezirk Uckermark-Barnim gingen am 15. und 16. Februar in Klausur.

Während zur Klausur 2011 der Landkreis Barnim im Fokus der Betrachtungen stand und im Eberswalder Solarheim diskutiert und genächtigt wurde, ging es diesmal in den Landkreis Uckermark in das beschauliche und idyllische Feriendorf der Berliner Stadtmission Groß Väter (Ortsteil von Templin).

Schwerpunkt der Klausur war, eine Zwischenbilanz der Arbeit in den vergangenen zwei Jahren zu ziehen und die Marschroute für den Weg bis 2015, dem Jahr des 4. Ordentlichen ver.di Bundeskongresses, abzustecken.

Zum Auftakt der Klausur nutzen wir die Gelegenheit, um uns vom 2. Beigeordneten der Kreisverwaltung Uckermark Frank Fillbrunn (FDP) und dem Leiter des Jobcenter Uckermark Michael Steffen zu den aktuellen Entwicklungen in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik, aber auch der Sozial- und Jugendpolitik im Landkreis Uckermark informieren zu lassen. Dem folgte das gewerkschaftliche Kreuzverhör der beteiligten ver.di Erwerbslosen und prekär Beschäftigten.

Am Nachmittag gab sich Bettina Weitermann, Geschäftsführerin und Fachbereichssekretärin 3 (Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen) im ver.di Bezirk Uckermark-Barnim, die Ehre. Ihr »eiserner Lady Charme«, gepaart mit arteigener uckermärkischer Prise und Ironie, hat schon so manchen in der Konzernzentrale, aber auch im Aufsichtsrat der kommunalen Gesellschaft für Leben und Gesundheit (GLG) während des langen und erfolgreichen Streiks 2012 zur Verzweiflung gebracht.

Kollegin Weitermann informierte uns zu aktuellen Situation im ver.di Bezirk insbesondere zu den anspruchsvollen Herausforderungen im Bundestagswahlkampfjahr 2013. Wir verständigten uns, teilweise sehr kontrovers, wie ver.di Erwerbslose zukünftig im organisationsinternen Diskussionsprozeß »ver.di 2015« mitgenommen und aktiv beteiligt werden. Gleiches gilt für die aktive Einbeziehung und Beteiligung von ver.di Erwerbslosen in den neugegründeten ehrenamtlichen Kreisverbänden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Uckermark und Barnim sowie in den Beiräten der Jobcenter in beiden Landkreisen. Gleichzeitig informierte sie, daß sie sich der zeitlich begrenzten aber durchaus spannenden und anspruchsvollen Herausforderung im gewerkschaftlichen Hauptamt stellt und den bezirklichen ver.di Erwerbslosenausschuß begleitet.

Der Abend des ersten Klausurtagess war zunächst einem regionaltypischen Buffet unter Wahrung der Angemessenheit gemäß des Regelsatzes des Sozialgesetzbuch II vorbehalten, um sich für die weiteren nicht einfachen aber durchaus anspruchsvollen Aufgaben zu stär-



Verabschiedung des ver.di Gewerkschaftssekretärs Grischa Hochsieder (rechts im Bild) in den »Unruhestand« durch den Vorsitzenden des ver.di Erwerbslosenausschusses Uckermark-Barnim Carsten Zinn auf der Klausurtagung in Groß Väter.

ken. Die Gelegenheit in dieser Runde nutzten wir zunächst, um den seit 2010 für uns zuständigen langjährigen Gewerkschaftssekretär Grischa Hochsieder mit originellen Ideen und regionaltypischen Aufmerksamkeiten offiziell zu verabschieden und ihn mit einem herzlichen Dankeschön in den wohlverdienten altersbedingten ver.di (UN) Ruhestand zu schicken.

Der zweite Klausurtag beschäftigte sich mit einer intensiven und leidenschaftlichen Debatte mit den konkreten Aufgaben für die Arbeitsplanung 2013 unseres Ausschusses. Dies immer unter Berücksichtigung der schwieriger werdenden personellen, organisatorischen und finanziellen Herausforderungen und Rahmenbedingungen im kleinsten Bezirk innerhalb des ver.di Landesbezirks Berlin-Brandenburg.

Zum Abschluß der Klausur informierte uns ver.di »Unruheständler in spe« Grischa Hochsieder mittels einer qualitativ anspruchsvollen Power-Point Präsentation des Bereiches Wirtschaftspolitik in der ver.di Bundesverwaltung, über aktuelle Entwicklungen in der Finanzkrise, insbesondere seinen verheerenden Auswirkungen am Beispiel von Griechenland.

Auch zukünftig gilt der altbekannte Leitspruch: »Die ver.di Erwerbslosen in ihrem Lauf, hält weder Ochs noch Esel auf! Vorwärts immer, rückwärts nimmer!«

CARSTEN ZINN,
ehrenamtlicher Vorsitzender des Erwerbslosenausschusses im ver.di Bezirk Uckermark-Barnim

CO₂-Ziele nicht zu Lasten der Bürger

Für die Stadt Eberswalde wird ein »integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept« erarbeitet. Dieses positive Anliegen wird durch staatliche Fördermittel unterstützt. Der jeweilige Arbeitsstand wurde in zwei »Klima-Tischen« mit Abgeordneten und interessierten Bürgern diskutiert. Im Mai 2013 soll es fertig gestellt sein.

Risikobehaftete Säule des Konzeptes

Die Hauptschwäche des Konzeptes besteht darin, daß das Holzkraftwerk (HoKaWe) wegen der Größenordnung dieses Energieunternehmens alle Aussagen des Konzeptes dominiert. Dabei konnte das HoKaWe nur gebaut und betrieben werden, weil es in hohem Maße gefördert wurde. Nach der Insolvenz 2011 wollte der Landkreis den Betrieb weiterbetreiben. Das scheiterte, weil das Land die bis dahin gewährte Subvention des Holzpreises nicht auf den Käufer überträgt. Damit ist der weitere Betrieb des HoKaWe extrem unsicher.

Ein Energie- und Klimaschutzkonzept, das von der Fortexistenz des HoKaWe ausgeht, ist als Arbeitsgrundlage der Stadt wenig geeignet. Die Fraktion Bündnis für ein demokratisches Eberswalde (BfdE) unterstreicht die Aussage im Protokoll des 2. Klimatischs, »daß aufgrund der langfristig unsicheren Situation des HoKaWe eine Szenarienbetrachtung mit und ohne HoKaWe ('Rückfallszenario HoKaWe') erforderlich ist.« Die Stadt sollte eine Strategie entwickeln, »die unabhängig vom HoKaWe umsetzbar ist«. Aber ein Rückfallszenario gibt es bisher nicht.

Fragwürdige Unterstellung der CO₂-Neutralität

Das HoKaWe verfeuert die Wälder vieler anderer Gemeinden im Umkreis von 200 Kilometern. Der Regenerationseffekt der CO₂-Bindung durch neues Holzwachstum erfolgt nur zum geringsten Teil in Eberswalde. Das bleibt unbeachtet. Auch die Betrachtungsweise, daß Energiegewinnung aus Holz CO₂-neutral wäre, ist rein statisch. Diese hat als wesentliche Voraussetzung, daß Holz beliebig zur Verfügung steht und jede Holzverbrennung gleichbedeutend ist mit einer Substitution fossiler Energieträger. Seit Jahren wird mehr Holz verbraucht, als nachwächst. Der holzverarbeitenden Industrie fehlen die Holzsortimente für ihre Erzeugnisse. Da ist es höchst fragwürdig, weiterhin Kapazitäten zur Energieerzeugung auf Holzbasis zu errichten. Das gleiche gilt für eine städtische Energie- und Klimakonzeption, die stark auf Holz als Energieträger setzt. Schon morgen kann es neue Bewertungen zum Thema CO₂-Neutralität und eine Abkehr von einer Förderung der Energiegewinnung aus Holz geben. Aus dem politischen Leuchtturm regenerativer Energieerzeugung könnte plötzlich ein Negativbeispiel für hohe CO₂-Emissionen werden.

Fernwärme versus Nahwärme

Obwohl schon vielfach angesprochen, verzichten die bisher zum Energie- und Klimaschutzkonzept vorgelegten Unterlagen auf eine vergleichende Betrachtung von Fernwärme und Wärmeerzeugung in Einzelerzeugungsanlagen

(Nahwärme). Trotzdem wird die Ausweitung der Fernwärmeversorgung empfohlen. Die Tatsachen sprechen aber eine eindeutige Sprache im Hinblick auf Energieeffizienz und CO₂-Bilanz. Wir erwarten dazu in der Endfassung des Konzeptes detaillierte Aussagen. Das schließt auch die Betrachtung der Kosten der Energieerzeugung, die Verluste der Fernleitungen und die Preise für die Endkunden mit ein.

Fehlen wirtschaftlicher Betrachtungen

Die Hauptschwäche der bisher vorgelegten Unterlagen ist das völlige Fehlen wirtschaftlicher Betrachtungen zu den verschiedenen Szenarien. Daß diese erforderlich sind, ist auch dem Klimatisch-Protokoll zu entnehmen. In Vorbereitung zum zweiten Klimatisch hieß es noch, daß »eine gesicherte Wärmeabnahme der Abwärme des HoKaWe's ... damit auch eine industriepolitische Aufgabe für die Stadt (ist), um das Unternehmen und die damit verbundenen Investitionen langfristig abzusichern.« Das kann es nun gerade nicht sein, daß die Verbraucher der Fernwärme und alle anderen Bürger der Stadt unter dem Vorwand der CO₂-Reduzierung für die Absicherung privater Investitionen zur Kasse gebeten werden. Es kann nicht sein, daß womöglich über eine Fernwärmesatzung die Eberswalder Endkunden einen Benutzungszwang auferlegt bekommen und Fernwärme zum höheren Preis kaufen müssen. Handlungsszenarien ohne Betrachtung der wirtschaftlichen Auswirkungen für die Stadt und ihre Bürger können keine hinreichende Entscheidungsgrundlage sein. Wir erwarten, daß das bei der weiteren Erarbeitung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes Berücksichtigung findet.

Im Abschnitt »übergeordnete Schwerpunkte zur Diskussion des Leitbildes« heißt es: »Die sichere und bezahlbare Versorgung mit Energie muß gewährleistet sein.« Dazu bedarf es der Definition, was bezahlbar ist. Wir interpretieren den Ausdruck »bezahlbar« mit preisgünstig und fordert deshalb dazu auf, im Energie- und Klimaschutzkonzept die preisgünstigsten energetischen Lösungen zu suchen und auszuweisen.

Städtische Möglichkeiten

Zu einem Energie- und Klimaschutzkonzept gehört auch eine Antwort auf die Frage nach dem eigenen Beitrag. Das geht über die Entscheidung zu energieeffizienten und ökologischen Lösungen hinaus. Welche Möglichkeiten hat die Stadt, selbst als Energieunternehmer – sowohl als Erzeuger wie auch als Lieferant – tätig zu werden? Die Stadt und ihre kommunalen Unternehmen könnten damit die Erwartungen der Bürger an eine bürgerfreundliche, vorteilhafte und gerechte Energieversorgung erfüllen. So ein Punkt des Leitbildes könnte heißen: Wiedergründung von Stadtwerken.

Die Fraktion BfdE erwartet, daß die genannten Gesichtspunkte in die Diskussion zur Erarbeitung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes einbezogen werden.

ALBRECHT TRILLER

Freundschaft geehrt

Dankurkunde des russischen Präsidenten

Am 23. Februar hatte der Botschafter der Russischen Föderation in der Bundesrepublik Deutschland, Wladimir M. Grinin, Vertreter des diplomatischen Korps und der deutschen Öffentlichkeit anlässlich des Tages des Vaterlandsverteidigers zu einem festlichen Empfang in die Botschaft in Berlin eingeladen. Zuvor fanden an den sowjetischen Ehrenmalen im Treptower Park und in Berlin-Tiergarten Kranzniederlegungen statt. An diesem Tag vor 95 Jahren wurde die Rote Armee gegründet.

In seinem Grußwort an die Gäste betonte Botschafter Grinin: »Wir fühlen uns verpflichtet, der Menschen in Ehren zu gedenken, die um den Preis ihres eigenen Lebens vor knapp 70 Jahren unser Land und unsere Nation vor Vernichtung und Versklavung gerettet haben.«



Botschafter Wladimir M. Grinin überreicht dem Vorsitzenden der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. Bernd Muck die Dankurkunde des russischen Präsidenten.

Im Rahmen der Feier wurde die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. für ihre erfolgreiche, sehr aufwendige Tätigkeit zur Instandhaltung sowjetischer Kriegsgräberstätten und zur Bearbeitung von Auskunftsersuchen nach Gräbern unbekannt bestatteter Sowjetsoldaten geehrt. Dafür hat auch die Regionalgruppe Eberswalde des Vereins einen bedeutenden Beitrag geleistet. Außerdem wurden Reinhard Führer, Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Eberhard Radzuweit vom Berliner Verein »Kontakte e.V.«, drei Gedenkstätten und zwei Stiftungen ausgezeichnet.

Bei der Würdigung der Ausgezeichneten wies der Botschafter ausdrücklich darauf hin, daß ihre Tätigkeit zur historischen Versöhnung und weiteren Annäherung der Völker Rußlands und Deutschlands beitrage, wovon »schlußendlich nicht nur unsere beiden Länder, sondern ganz Europa profitiere«. Am Festempfang nahmen mehr als 300 Gäste, unter ihnen auch Veteranen und Aktivisten der Verbände in Deutschland lebender russischer Landsleute sowie Medienvertreter teil.

WALDEMAR HICKEL

Als im März 1920 Kapp und Lüttwitz die Militärdiktatur in Deutschland errichten wollten, stellte sich die dem die Arbeiterklasse, einig über die Parteigrenzen hinweg, entgegen. Der Kapp-Putsch brach binnen weniger Tage zusammen. Auch die revolutionären Abwehraktionen im »Roten Finowtal« trugen dazu nicht unerheblich bei (BBP 4/2010).

Anfang 1933 war die Lage anders. In der Kommunistischen Partei Deutschlands hatte seit 1928 unter dem Einfluß Stalins eine ultralinke Strömung die Oberhand gewonnen. Parteiausschlüsse alter Kader, wie der einstigen Parteivorsitzenden Heinrich Brandler und August Thalheimer, die sich dann in der KPD-Opposition zusammenschlossen, waren an der Tagesordnung. Die bis kurz vor der »Machtergreifung« auch von Ernst Thälmann propagierte und gegen die SPD gerichtete »Sozialfaschismus«-Theorie, war alles andere als eine Einladung zur Einheitsfront. Allerdings darf nicht vergessen werden, daß die SPD-Politik von 1914 bis 1933 keineswegs kooperativer war.

Dennoch waren in der damals kreisfreien Stadt Eberswalde und im Landkreis Oberbarnim, zu dem auch die Städte Bad Freienwalde, Wriezen und Strausberg gehörten, die Bedingungen für einen gemeinsamen Kampf gegen die Nazi-Diktatur im Februar 1933 gar nicht so schlecht. So gab es in Finowfurt schon vor 1933 eine gute Zusammenarbeit zwischen KPD und SPD. Auch in Lichterfelde gab es Ansätze zur Zusammenarbeit. In Heegermühle (heute Finow) hingegen belasteten interne Streitigkeiten der KPD (1929: 300 Mitglieder, Anfang

Nacht über dem Finowtal

Am 30. Januar 1933 hatte Reichspräsident von Hindenburg dem »Führer« der NSDAP, Adolf Hitler, den Posten des Reichskanzlers übertragen. »Machtergreifung« hieß das im NS-Sprachgebrauch. Freilich war diese Ergreifung der Macht kein plötzlicher Akt, sondern ein Prozeß, der lange vor dem 30. Januar 1933 begann und auch danach noch hätte umgekehrt werden können.

1933: 74 Mitglieder) auch die Beziehungen zur SPD, zu der einige der ehemaligen KPDler gewechselt waren. Öffentliche Protestaktionen und Demonstrationen mit mehreren Tausend Teilnehmern gab es Anfang Februar in Strausberg und Bad Freienwalde. Trotz des bereits am 1. Februar erlassenen Verbots von Versammlungen unter freiem Himmel.

In Eberswalde fand Ende Februar 1933 eine gemeinsame Beratung von SPD- und KPD-Funktionären statt. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) nahm ebenfalls teil. Es wurde die Auslösung des Generalstreiks in der Nacht zum 5. März 1933, das war der Tag der Reichstagswahl, vereinbart.

Allerdings kam es nicht mehr zu dieser gemeinsamen Aktion, da infolge des Reichstagsbrands am 27. Februar eine Verhaftungswelle einsetzte, welche die Organisation des Widerstandes zerstörte.

Im Februar und März 1933 wurden im Raum Eberswalde über 300 Mitglieder der KPD, der SPD und Parteilose verhaftet. Trotz der Terrorwelle erhielten in der Reichstagswahl am 5. März in Finow SPD und KPD zusammen mehr Stimmen als die NSDAP. In Finowfurt war der Stimmenanteil beider Arbeiterparteien ge-

genüber der Naziartei fast gleich. Im gesamten Landkreis Oberbarnim erzielte die NSDAP aber 9.500 Stimmen mehr, als SPD und KPD zusammen. Auch in der kreisfreien Stadt Eberswalde erhielten die Nazis mit 10.011 Stimmen deutlich mehr als SPD (3.323) und KPD (3.336), die zusammen 6.659 Stimmen erreichten.

Die auf regionaler Ebene durchaus kampfbereiten und für eine Einheitsfront gegen die Faschisten Eintretenden Sozialdemokraten und Gewerkschafter wurden durch ihre jeweiligen Führungen von Aktionen abgehalten. Entgegen der tagtäglichen Erfahrung des zunehmenden Naziterrors wurde die These vom schnellen »Abwirtschaften« der Hitler-Regierung propagiert. Was folgte, war nach der Verfolgung der Kommunisten die »Gleichschaltung« der Gewerkschaften am 2. Mai und das Verbot der SPD am 22. Juni 1933. Im KZ trafen sich die »verfeindeten Brüder« wieder.

GERD MARKMANN

Quellen: Privatarchiv Holger Kliche, Privatarchiv Gerd Markmann, Jörg Wollenberg: Die Arbeiterbewegung 1933-1945. Das Beispiel Bremen. In: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung 2013/1

Deutschland hatte an den Folgen des verlorenen Krieges und den Sanktionen aus dem imperialistisch geprägten Versailler Vertrag schwer zu kämpfen. Die gescheiterte Revolution, deren sozialistische Ziele zwar von der SPD genannt aber nicht umgesetzt wurden, erlaubte den reaktionären Kräften, sich wieder zu formieren. Die reformistisch geführten SPD-Regierungen der Weimarer Republik verschwendeten ihre Machtpotentiale eher für die Niederschlagung revoltierender Arbeiter, anstatt sie gegen die erstarkende Großbourgeoisie und ihrer Handlanger aus dem konservativen Lager einzusetzen.

Der durchaus nicht in allen Teilen gerechtfertigte Versailler Vertrag bescherte den chauvinistischen, auf Revanche getrimmten Demagogen viel Zulauf. Territoriale Verluste (1/7 der Landesfläche), Reparationen, eigene Kriegsschäden und Sanktionen durch die Siegermächte gaben viel Anlaß zu wirtschaftlichen und finanziellen Problemen, die durch Beibehaltung alter ökonomischer Strukturen nicht zu lösen waren. Schon frühzeitig räkelten sich so genannte »national« denkende Politiker und nutzten die Verzweiflung großer Teile der Bevölkerung aus, um sie aus dem Dunklen zu »führen«. Unter Verwendung irreführender Begriffe wie Nationalsozialismus, Wehrhaftigkeit u.a. gelang es den Nazis in den Jahren 1931/32,

1933/2013 – Aus Parallelen lernen

rasant steigende Wahlergebnisse zu erzielen. Die Ende 1929 ausgebrochene Weltwirtschaftskrise kam ihnen da gerade zurecht. Sechs Millionen Arbeitslose in einer Krise ungekannten Ausmaßes ließen viele Menschen den Versprechungen auf den Leim gehen. Die Großindustriellen des Ruhrgebiets und Rheinlands witterten Morgenluft, die alten Generäle sahen wieder ihre große Zeit der Revanche kommen und der runter gekommenen arbeitslosen Jugend lockten kostenlose Uniformen, sportliche Betätigung und Beschäftigung. Den Vorschub dafür spendeten großzügige Geldgeber. Als Gegenleistung wurden aufmüpfige Gewerkschaften, kommunistische und sozialistische Bewegungen durch die Schlägertrupps der Nazis niedergehalten, ohne daß sich die Polizei »eimmischen« mußte.

Der NSDAP, mit dem größten Stimmenanteil aller Parteien im Reichstag, mit dem eben noch abgelehnten Volksführer Hitler, wurde der Auftrag zur Regierungsbildung vom Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg angetragen. Dann ging alles Zug um Zug: Regierungsbildung nach Maßgabe der Nazis, Kanzlerernennung durch den Reichspräsidenten am 30. Januar 1933, Reichstagsbrand

am 27. Februar, systematische Ausschaltung aller demokratischen Kräfte, am 24. März das Ermächtigungsgesetz, Schaffung von Konzentrationslagern, 1934 mit dem Ableben von Hindenburgs, Einrichtung der »Führerfunktion«.

Es folgten Gewaltherrschaft mit Konzentrationslagern für alle Systemgegner und der Zweite Weltkrieg, der als Hinterlassenschaft ein ruiniertes Deutschland nach sich zog. Nicht wenige der an dem »Ausrottungsfeldzug« Beteiligten, offen oder im Hintergrund, verstanden es, sich über die Folgejahre zu retten, sind wieder mobil geworden und engagierten sich mit ihrem Nazigeist an der Errichtung der BRD von US-Gnaden. Sie können sich unter den gegenwärtigen Machthabern verstärkt bemerkbar machen und uns wieder in den vielleicht noch schlimmeren Abgrund führen.

Wollen wir, daß sich alles wiederholt? Reicht es nicht aus, sich einmal durch die »Rattenfänger« ins Unheil stürzen zu lassen, nur weil der wirkliche Feind des Volkes verkannt wird und die Zersplitterung der Arbeiterklasse die Kräfte des Widerstands auslaugt?

Vorwärts und nicht vergessen: die Solidarität!

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Grimmiges zum Grimme-Preis

Als die Schauspielerin Katrin Sass in einer Talk-Runde wagte, die Schaben- und Spinnenfresserei im »Dschungelcamp« zu kritisieren, fuhr ihr ein empörter Schönling, der als eines der auserwählten Ferkel im »Camp« seine Reifeprüfung im Fach Selbstentwürdigung hinter sich hatte, barsch über den Mund.

Und auch die anderen Talk-Gäste konnten die Empörung der Mimin nicht so richtig verstehen. Im Internet wurde die erregte Attacke der Sass als »Ausraster« bezeichnet und dokumentiert. Abgesehen davon, daß an diesem Abend endlich einmal frischer Wind in die übliche Quasseelei über das erste (bzw. letzte) Mal, über arme Kindheit und plötzlichen Reichtum, über biografische Lustigkeiten und (»Ja, ich war IM 'Ratte'...«) die obligatorischen Stasisachen kam, wurde in den Reaktionen der Anwesenden, eingeschlossen das Publikum, erlebbar, daß in »diesem, unserem Lande« (A.M.) viele »Mitbürger und Mitbürgerinnen« ihr Vermögen, zwischen extremster Trivialität und zumutbarer Unterhaltung zu unterscheiden, verloren haben, Urteilsfähigkeit und guter Geschmack, falls man beides je hatte, sind offenbar abtrainierbar.

Falls die Quotenrechner richtig ausgezählt haben, wogegen wenig spricht, sind unter jenen, die sich, frei von Brechreiz und Ekelakne am Jauchetauchen und Kotkosten ergötzen, nicht nur gestandene Vollidioten und Perverse, sondern auch Normalbürger wie du und ich. Arbeiter, Bauern aus der Lüneburger Heide, Mittelständler, Witwen und Lehrer(!), Heino, Studenten und Professoren. Auch Professoren! »Das kommt oft vor...«.

Selbst wenn man bedenkt, auf welchem Weg der eine und andere im gelobten Land zu seinem akademischen Grad gekommen sein mag, bleibt das Faktum, daß Menschen, die zur geistigen Elite Deutschlands gehören, sozusagen Schulter an Schulter mit anderen Mistfinken vor dem Blödschirm hocken, wenn Molche und Blutegel an zu allem bereite Käuflinge verfüttert werden. Von deutschen Richtern, die stundenlang vorgeführt bekommen, was handfest und unwiderlegbar gegen den Eröffnungsparagraphen des Grundgesetzes, dem von der Würde des Menschen und ihrer Unantastbarkeit, verstößt und die allerschleunigst ein Verfahren gegen RTL einleiten müßten, von Amts

wegen, ganz zu schweigen. Kellerasseln dürfen nicht nur antasten, sie dürfen auch über Brüste kriechen und in die Slips der Herren vordringen, und Frau Zietlow kommt aus dem Jauchzen nicht heraus. Schlimm, penetrant und widerlich genug das alles.

Aber es kommt noch doller. Von den Volkshochschulverbänden wird alle Jahre wieder der Grimme-Preis vergeben; laut Satzung für »vorbildliche« Programmbeiträge der TV-Sender. Heuer, ließen die Preisstifter verkünden, steht das »Dschungelcamp« auf der Auswahlliste und hat durchaus Chancen auf die Auszeichnung. Vorwärts zum Nobelpreis für die Erfinder der Wirtinnenverse!

Nimmt man noch hinzu, daß der ordinärste unter den deutschen Late-Night-Schwätzern, der Mann, der den Begriff »Pulleralarm« in unsere Muttersprache einführte – Stefan Raab – für die Moderierung des Stegreifspiels »Kanzlerduell« vorgesehen ist, weiß man, daß, was Anstand, Maß und Würde betrifft, unser Land aus den Fugen ist.

Das Fernsehen, noch und meist nur das privat finanzierte, die zur Volksbildung berufenen »Hoch«-Schulen und die Spitzen der beiden »Volksparteien« befördern, bepreisen oder benutzen die massenhafte und massive Identifikation der Quotenbringer mit Typen und Innen, von denen man aus hygienischen und Gründen der Selbstachtung ein paar Meter Abstand halten sollte. Übrigens war es Stotter-Stoiber, der Stefan Raab als Ringrichter für den Schaukampf Merkel-Steinbrück vorgeschlagen hat. Und der ist führendes Mitglied im Aufsichtsrat von »Pro 7«, dem Sender, in dem Hofnarr Raab erfolgreich dem Gewerbe des Dummenfangs nachgeht.

Angesichts all dieser Nachrichten aus dem Morast verstieg sich die Mutter eines Freundes, eine alte, reichlich berentete und mutmaßlich CDU-wählende Dame, zu der Äußerung: »Wenn die so weitemachen, wünsche ich mir die DDR zurück...«

Nun muß man natürlich den Schnitzler nicht gleich an die Wand malen. Aber daß der aus dem »Dschungelcamp« eine Sondersendung gemacht hätte, ist sicher. Und die Osis wären gewiß einer Meinung gewesen: »So unverschämt wie diesmal, hat er selten geschwindelt...«

Dr. STEFFEN PELTSCH

RotFuchs-Regionalgruppe arbeitet aktiv

Vor gut 18 Monaten haben sich Mitglieder der Linken, der KPD, der DKP und parteilose Bürger unserer Region zusammengefunden und die RotFuchs-Regionalgruppe Eberswalde ins Leben gerufen. Der RotFuchs-Förderverein will seine Mitglieder und Freunde auf dem Gebiet des wissenschaftlichen Sozialismus politisch bilden. In zahlreichen Veranstaltungen in der letzten Zeit wurden interessante Themen behandelt. So fanden zum Beispiel Vorträge zum Gesundheitswesen und zur Bildungspolitik

in der BRD statt, aber auch Themen wie Hochtechnologie und soziale Entwicklung oder Menschenrechte in Deutschland Anspruch und Wirklichkeit fanden regen Zuspruch. Nach jedem Vortrag fand eine rege Diskussion zu den aufgeworfenen Fragen statt. Auch für dieses Jahr sind interessante Gesprächsrunden geplant. Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger können die Termine der Barnimer Bürgerpost entnehmen.

RotFuchs-Regionalgruppe Eberswalde

Dichtung und Wahrheit

Der Krimi »Mord in Eberswalde« hat auch bei vielen Eberswaldern eine rege Diskussion ausgelöst. Ein Artikel in der örtlichen Presse mit einem ausführlichen Gespräch mit Klaus Drogoin hat wesentlich dazu beigetragen, kritisch zwischen Dichtung und Wahrheit in diesem Film zu unterscheiden. Schließlich war Herr Drogoin nicht nur 10 Jahre Chef des Volkspolizei-Kreisamtes in Eberswalde, sondern vorher als Polizeioffizier in die Ermittlungen gegen den Mörder Hagedorn mit einbezogen.

Bei der kritischen Betrachtung dieses Filmes möchte ich voraus schicken, daß es den Filmemachern erlaubt sein muß, von den Möglichkeiten abweichender künstlerischer Freiheiten im Vergleich zur Wirklichkeit Gebrauch zu machen. Leider werden aber hier durch tendenzielle Darstellungen Grenzen überschritten, wo im Mittelpunkt des Filmes stehende Personen frei erfunden und Halbwahrheiten dargestellt werden. Ich möchte das an folgenden Tatsachen deutlich machen:

So wird neben dem ermittelnden Kommissar ein im Mittelpunkt des Films stehender Offizier der Staatssicherheit frei erfunden, obwohl es ihn in Wirklichkeit gar nicht gegeben hat. Soll damit der »Beweis« erbracht werden, daß es in der DDR aber auch gar nichts gab – oder besser gesagt geben durfte – wo nicht die Staatssicherheit mitwirkte oder Einfluß nahm?

Zur Rolle der sowjetischen Streitkräfte sind leider im Vergleich zum wahren Geschehen Halbwahrheiten enthalten. Hier wird im Film mit einem sowjetischen General nur beiläufig erwähnt, daß zum Zeitraum des Mordes »kein Abgang« bei den sowjetischen Truppen in Eberswalde war, also der Täter nicht von dort kommen konnte. Bei dieser passiven Darstellung wird diskret verschwiegen, daß Soldaten und Offiziere sowie Hubschrauber der Sowjetarmee auf der Suche nach dem Täter aktiv beteiligt waren. Paßten diese Tatsachen nicht in das Bild des kalten Krieges, von dem es scheinbar bis heute noch Nachwirkungen gibt?

Völlig unverständlich ist für mich, warum es bei einem Film zu wahren Begebenheiten keine Konsultationen oder Befragungen der Filmemacher unter Zeitzeugen und ermittelnden Polizeioffizieren gegeben hat. War diese Unterlassung bei der Vorbereitung und Produktion des Filmes ein unverständlicher Lapsus oder Absicht, indem dadurch die Konfrontation mit der Wahrheit vermieden wurde?

Dr. HELMUT KOCH

10.03.13: Film »Die Kriegerin« im Kulturbahnhof Biesenthal

Zum Glück engagieren sich in Biesenthal noch immer Menschen gegen den braunen Spuk. Am Sonntag den 10. März läuft um 16 Uhr im Kulturbahnhof Biesenthal der Spielfilm »Die Kriegerin«. Im Film geht es um die rechtsextreme Szene in Deutschland. Anschließend gibt es eine Diskussion, sicher auch zu den Naziaktivitäten in Biesenthal. www.bahnhof-biesenthal.de

DGB-Kreisverband Barnim neu konstituiert

Fünf der acht DGB-Gewerkschaften im Barnimer Kreisverband vertreten

Eberswalde (dgb). Im Gewerkschaftshaus in Eberswalde, dem Sitz der Region Ostbrandenburg des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), hat sich am 30. Januar der Kreisverbandsvorstand Barnim neu konstituiert. Damit wurde die Neuausrichtung des DGB in der Region Ostbrandenburg abschließend umgesetzt.

Zum Vorsitzenden wurde einstimmig der Vertreter der Industriegewerkschaft Metall (IGM) für den Kreisverbandsvorstand, Ralf Kaiser, gewählt.

Der DGB als gewerkschaftliche Dachorganisation im Landkreis Barnim vertritt die gemeinsamen Interessen der in ihm zusammengeschlossenen Gewerkschaften. Besonders zu örtlichen und regionalen Fragen wird der Kreisverband Barnim des DGB Positionen im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beziehen.

»Wichtige Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Interessen der ArbeitnehmerInnen zu vertreten. Als DGB-Gliederung vor Ort sind wir in der

Lage, Themen der Arbeit mit sozialen und gesellschaftlichen Fragen zu verbinden, politische Fehlentwicklungen zu benennen und sich für deren Beseitigung einzusetzen. Als Kreisverbandsvorsitzender des DGB werde ich mich dafür in meiner Heimatregion engagieren.« so Ralf Kaiser nach seiner Wahl. Olaf Himmel, Vorsitzender der zuständigen DGB-Region Ostbrandenburg, freut sich sehr über die Wahl von Kaiser, sowie darüber, daß viele KollegInnen aus Eberswalde und Bernau sowie des Barnimer Umlandes bereit sind, sich im DGB-Kreisverbandsvorstand für gewerkschaftliche Arbeit in der Region zu engagieren. »Das ist heute wichtiger denn je« meint Himmel.

Der DGB-Kreisverband Barnim ist über das Büro der DGB Region Ostbrandenburg in Eberswalde, Grabowstr. 49, sowie unter der Telefonnummer 03334 382940 erreichbar.

Bereits zwei Tage vorher hatte sich am gleichen Ort der neue Kreisverbandsvorstand Uckermark konstituiert. Zur Vorsitzenden wurde einstimmig die Vertreterin der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) für den Kreisverbandsvorstand, Marianne Wendt, gewählt. Eine der ersten Aufgaben – neben der inhaltlichen Arbeit – ist die Schaffung der nötigen Infrastruktur. Vorerst ist der Kreisverband Uckermark über das Büro der IG BCE in Schwedt, Flinkenberg 18, sowie unter der Telefonnummer 0170 - 2 22 41 08 erreichbar.

Janow & Kapustin: Kranzniederlegung

Anläßlich des 47. Jahrestages des Flugzeugunglücks der beiden Piloten B. W. Kapustin und J. N. Janow führt die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde eine Kranzniederlegung am 6. April um 10 Uhr auf dem Garnisonsfriedhof in der Heegermühler Str. durch. Die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde lädt hierzu alle Bürger ein. **WALDEMAR HICKEL**

RotFuchs-Lesertreffen

Am 16. März und am 13. April finden jeweils um 10 Uhr die RotFuchs-Lesertreffen 2 und 3 im Jahr 2013 statt. Ort unserer Zusammenkunft ist zu beiden Veranstaltungen das Palmencafé in Altenhof in der Adolf-August-Straße 1.

Thema am 16. März: »Die USA-Wirtschaft mitten in der Krise«, Diskussion zu einer Dokumentation.

Thema am 13. April: »Hinter den Kulissen der Staatsmacht«. Es spricht Horst Liebig.

Zu diesen RotFuchs-Lesertreffen laden wir alle RotFuchs-Leser und alle Interessierten recht herzlich ein.

Vorstand RotFuchs-Regionalgruppe Eberswalde

VS in der Rathauspassage

Eberswalde (vs). Am Freitag, 15. März, stellt die Volkssolidarität Barnim ihre Angebote anläßlich einer Präsentation in der Rathauspassage Eberswalde vor. Von 9 bis 13 Uhr können Sie sich zu Leistungen wie Pflege, Patientenverfügung, zur Mitgliedschaft in einer der zahlreichen Eberswalder Ortsgruppen, zu Sport- und Interessengruppen und zu Ehrenamts-Angeboten beraten lassen.

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und .../bbp-blog/

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Hickel, John, Markmann (2), Peters, Rud-Wolga, Steiner

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 28. Februar 2013

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002.

Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 28.3.2013, 12 Uhr.

Handbuch Bürgerbeteiligung

Bürgerinnen und Bürger engagieren sich mehr denn je und suchen nach neuen Wegen der Mitwirkung sowie der ... Partizipation. Das Handbuch ... bietet eine umfassende und unabhängige Informationsquelle sowie einen praxisnahen Einstieg in das Thema.

(www.bbp.de/JL82AA)

KARL DIETZ

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer _____ Bank _____ Bankleitzahl _____

Name, Vorname _____ Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____ Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in _____

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen: _____ Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in _____

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten): _____

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)